



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK

WHY?

Die Alternative: Kriegsdienstverweigerung und Gewaltfreiheit

Kathi Müller/Michael Schulze von Glaßer: So vertreibt man eine Rüstungsmesse

Theresa Bachmann: 13 Tage, 1162 Kilometer, 80 Etappen – „Frieden geht!“

Bernd Drücke: „Die Waffen nieder!“ statt „Volksbewaffnung“

Thorge Ott: Nein zum Zwei-Prozent-Ziel der Nato

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 26
Telefax 0711 - 24 86 96 22
E-Mail office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23 57 52 36
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Ralf Buchterkirchen
E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Thorge Ott
E-Mail ott@dfg-vk.de
- Torsten Schleip
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 26
Telefax 0711 - 24 86 96 22
E-Mail shop@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und DFG-VK-Gruppen im Internet:

www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund
Telefon 0231 - 81 80 32
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Redaktion *ZivilCourage*

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Liebe Leserin, lieber Leser,
wenn nun plötzlich nicht mehr nur von rechts (AfD und Teile der Union), sondern auch von links nach Wiedereinführung der Wehrpflicht gerufen wird, dann muss das ein (Titel-)Thema für die DFG-VK sein. Die linke Zeitschrift „Jungle World“ hat diese Diskussion von links mit der Veröffentlichung eines Artikels unter der Überschrift „Zu den Waffen, Genossen“ angestoßen. Wie visualisiert man das aber auf dem Titelblatt? Das soll ja eher bunt sein und „action“ zeigen. Das alte Schwarz-weiß-Bild des getroffenen Soldaten mit der Frage „Warum?“ ist damit wohl eher das Gegenteil. Ich finde es aber nach wie vor eines der eindrücklichsten Motive, um den Irrsinn des Krieges darzustellen. Vielleicht melden sich ja junge Leserinnen und Leser, die dieses Motiv nicht schon lange kennen, und schildern ihren Eindruck.

Aber auch die Rückseite dieses Heftes verdient Beachtung. Von nun an werden dort Karikaturen des Zeichners Findus erscheinen. Der Hinweis darauf, welche Materialien im DFG-VK-Shop erhältlich sind, wandert ins Heftinnere.

Vermissen wird der eine oder die andere in dieser Ausgabe die Rubrik „DFG-VK vor Ort“, die mit der Vorstellung von DFG-VK-Gruppen in den letzten beiden Nummern begonnen wurde. Diese Rubrik wird auch wieder kommen, betreuen wird sie dankenswerterweise Ernst Rattinger aus Offenburg. Den kennen eigentlich alle *ZivilCourage*-LeserInnen schon länger, stammt doch von ihm die „Feldpost“, die sich regelmäßig auf der vorletzten Seite befindet. (Damit ist nun dieses Geheimnis auch gelüftet.)

Als Verantwortlicher für unser DFG-VK-Magazin freut es mich sehr, dass nach fast 20 Jahren, die ich die *ZivilCourage* nun mache, zunehmend Menschen sich anbieten, Beiträge zu liefern, Verantwortlichkeiten zu übernehmen und an der Weiterentwicklung der Zeitschrift mitzuarbeiten.

Das neue Erscheinungsbild wurde ja schon hinreichend gelobt. Ein Nachteil dabei ist allerdings, dass nun weniger Text auf eine Seite passt. Eigentlich soll die *ZivilCourage* einen Umfang von 24 Seiten haben, das wäre von den Druckkosten her günstiger und der Arbeitsaufwand wäre geringer. Die Entwicklung geht allerdings gerade in die andere Richtung. Die Ausgabe 2 hatte einen Umfang von 32 Seiten, das vorige Heft 36 Seiten und dieses Mal sind es 40. Ich will das künftig schon wieder herunterfahren; wenn es aber durch den Umfang gelingt, die Arbeit und die Themen der DFG-VK in ihrer Breite und Vielfalt besser darzustellen, finde ich das an sich gut. Wie ist Eure Meinung als Leserin und Leser dazu?

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte mich die traurige Nachricht, dass unser Ehrenmitglied Ludwig Baumann im 97. Lebensjahr verstorben ist. Auf die Schnelle konnte leider niemand einen ausführlichen Nachruf schreiben. Angesichts der Lebensleistung von Ludwig Baumann als Wehrmachtsdeserteur, dessen Engagement es zu verdanken ist, dass der Bundestag, wenn auch spät, die Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und „Kriegsverräter“ schließlich rehabilitiert hat, wäre das natürlich angemessen gewesen. So reichte es nur für einen kurzen Text auf Seite 8 zur Erinnerung an diesen beeindruckenden Mann. Ich habe mir nun nochmals seine 2014 erschienene Autobiografie „Niemals gegen das Gewissen“ zur Hand genommen. Ein schmales Buch mit 130, dafür inhaltsschweren Seiten. Ich kann die Lektüre nur empfehlen!



Foto: privat

Stefan Philipp

Bleibt engagiert und wachsam: Nein zum Zwei-Prozent-Ziel der Nato

Von Thorge Ott



Foto: Michael Schulze von Glaßer

Während in Deutschland und Europa weiter unerträgliche und teils menschenverachtende Debatten über flüchtende Menschen geführt werden, sich CDU und CSU eine sinnlose Schlamm-schlacht nach der anderen liefern und Donald Trump weiterhin als allergrößtes Problem ausgemacht wird (obwohl die Welt in vielerlei Hinsicht sozial- und friedenspolitisch immer weiter aus den Fugen gerät), blieb ein Thema bisher viel zu wenig beachtet: Das Zwei-Prozent-Ziel der Nato.

Denn eines ist ganz klar: Würden alle Nato-Staaten dieses konsequent umsetzen, hätte das fatale Folgen. Immer mehr Menschen auf der Flucht, eine weitere Verschärfung der globalen Klimaerwärmung und noch mehr Tod und Leid auf dem gesamten Erdball. Um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Pünktlich zum Nato-Gipfel im Juli mahnte Donald Trump in einem Brief, die Bundeskanzlerin müsse ihrer Verantwortung endlich gerecht werden. „Das ist für uns nicht mehr tragbar“, heißt es in diesem Schreiben. Was die USA also sagen wollen: Erhöht endlich die deutschen Militärausgaben.

Was Donald Trump seit Amtsantritt lautstark fordert, ist aber gewiss keine neue Erfindung dieses Irren. Bereits 2002 hatten sich die Nato-Staaten auf ein solches Ziel geeinigt und es 2014 nochmals konkretisiert.

Derzeit kommt Deutschland mit seinen Militärausgaben auf etwa 1,2 Prozent, also mehr als 37 Milliarden Euro. Würde man dem Ziel vollends Folge leisten, bedeutete das Militärausgaben von rund 70 Milliarden Euro. Eine unglaubliche Summe, mit der sich so viel gesellschaftlich bewegen ließe.

Schon jetzt fordern deutsche Militärs massive Investitionen in die Bundeswehr. Schließlich sei diese ja auch so schlecht ausgerüstet und für kommende Aufgaben nicht gewappnet. Noch halten selbst Hardcore-Bundeswehrbefürworter wie Hans-Peter Bartels (SPD) „lediglich“ eine Marke von 1,5 Prozent für realistisch. Träumen tun sie trotzdem von noch viel mehr.

Das Ziel ist darüber hinaus klar: Die Bundeswehr soll weiter als „Armee im Einsatz“ zementiert werden, weitere Angriffskriege werden zur Normalität und eigene deutsche Drohnen bringen Kriegseinsätze auf ein noch perfideres Level. Das deutsche Militär als neue Weltpolizei.

Wenn sich Oliver Welke in der Heute-Show über „Flinten-Uschi“ und die schlechte Ausrüstung lustig macht, ist das brandgefährlich. Auch das ist nämlich Wasser auf den Mühlen derer, die die Bundeswehr global noch mehr im Einsatz sehen und die Rüstungspirale weiter ankurbeln wollen.

Hierbei geht es um mehr als eine einseitige, verkürzte Nato-Kritik. Denn auch ohne solche Nato-Verpflichtungen können künftige Regierungen weitere, erhöhte Militärausgaben durchwinken.

Die Friedensbewegung muss endlich deutlich machen: 70 Milliarden Euro bedeuten massive Kürzungen im Bundeshaushalt. Tropfende Decken in Schulen, Suppenküchen oder unterfinanzierte Klimaschutzprojekte sind dann erst der Anfang. Kriegseinsätze mögen für viele Leute weit weg sein, die Folgen werden alle betreffen.

Deshalb: Bleibt künftig weiter engagiert und wachsam. Das Zwei-Prozent-Ziel muss verhindert werden, bevor es zu spät ist.

Thorge Ott ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.

Inhalt

Titel

- 04** Bernd Drücke: Die „Waffen nieder!“ statt „Volksbewaffnung“
- 04** Dokumentiert: Lena Rackwitz: „Zu den Waffen, Genossen“
- 09** Gernot Lennert: „Das KDV-Recht müsste abgeschafft werden.“

Antimilitarismus

- 13** Torsten Schleip: „Abrüsten statt aufrüsten“
- 12** Kathi Müller und Michael Schulze von Glaßer: So vertreibt man eine Rüstungsmesse
- 16** Theresa Bachmann: Der Staffellauf gegen Rüstungsexporte – „Frieden geht!“
- 19** Sarah Gräber: Das Engagement der DFG-VK bei „Frieden geht!“
- 20** Cornelia Mannewitz: Google und das Pentagon
- 22** Elsa Rassbach: Gegen Kampf-Drohnen bei der Bundeswehr

Interview

- 22** Marion Küpker über die Aktionswochen in Büchel

DFG-VK informativ

- 26** Thorge Ott: Weiteres Vernetzungstreffen junger DFG-VK-Aktiver
- 27** „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

International

- 28** David Scheuing: Global betrachtet

Pazifismus

- 30** Guido Grünwald: Tagung in Den Haag zum 175. Geburtstag von Bertha von Suttner
- 32** H. Heiner Häberlein: Frieden fördern und Steuern sparen mit der Bertha-von-Suttner-Stiftung
- 34** Theodor Ebert: Zum Gedenken an Roland Vogt

- 35 Impressum
- 38 Briefe
- 39 Feldpost

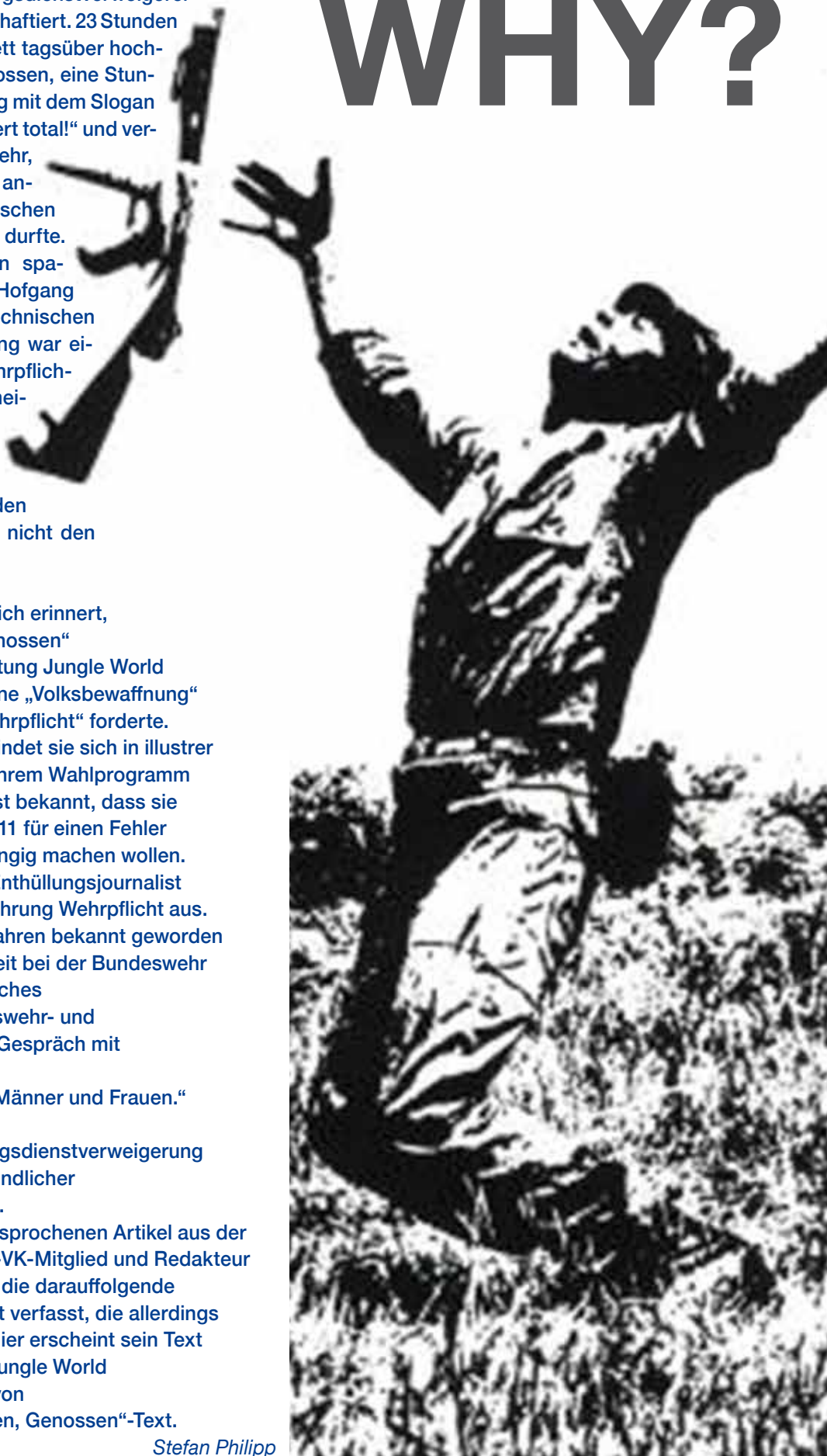
Im Frühjahr 1985 war ich als Kriegsdienstverweigerer zwei Monate bei der Bundeswehr inhaftiert. 23 Stunden am Tag in einer Einzelzelle, das Bett tagsüber hochgeklappt und in der Wand verschlossen, eine Stunde „Hofgang“. Weil ich ein Shirt trug mit dem Slogan „Weg mit der Wehrpflicht. Verweigert total!“ und verziert mit dem zerbrochenen Gewehr, hatte der Bataillonskommandeur angeordnet, dass ich mich nicht zwischen den Kasernengebäuden bewegen durfte. Unter Bewachung eines Soldaten spazierte ich deshalb beim täglichen Hofgang zwischen den Panzerhallen im technischen Bereich umher. Ziemlich am Anfang war einer meiner Begleiter ein junger Wehrpflichtiger, der Kommunist war. Auf meine Frage, warum er nicht verweigert habe, erklärte er mir, dass er schießen lernen wolle, weil das bei einer Revolution wichtig werden könnte, und dass man die Waffen nicht den Rechten überlassen dürfe.

An diese Begebenheit fühlte ich mich erinnert, als der Artikel „Zu den Waffen, Genossen“ Mitte Juni in der linken Wochenzeitung Jungle World erschien, in dem Lena Rackwitz eine „Volksbewaffnung“ und die „Wiedereinführung der Wehrpflicht“ forderte. Mit der Wehrpflicht-Forderung befindet sie sich in illustrier Gesellschaft: Die AfD hatte die in ihrem Wahlprogramm stehen, von vielen aus CDU/CSU ist bekannt, dass sie die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 für einen Fehler halten, den sie am liebsten rückgängig machen wollen. Jüngst sprach sich nun auch der Enthüllungsjournalist Günter Wallraff für die Wiedereinführung Wehrpflicht aus. Wallraff, immerhin in den 1960er Jahren bekannt geworden durch kritische Texte über seine Zeit bei der Bundeswehr und Autor des 1976 erschienen Buches „Befehlsverweigerung. Die Bundeswehr- und Betriebsreportagen“, plädierte im Gespräch mit dem Deutschlandfunk auch für ein „verpflichtendes soziales Jahr für Männer und Frauen.“

Höchste Zeit also, das Thema Kriegsdienstverweigerung und Militärdienstzwang wieder gründlicher auch in der DFG-VK zu diskutieren. Wir dokumentieren dazu den angesprochenen Artikel aus der Jungle World. Bernd Drücke, DFG-VK-Mitglied und Redakteur der Graswurzelrevolution hatte für die darauffolgende Ausgabe eine ausführliche Antwort verfasst, die allerdings nur gekürzt veröffentlicht wurde. Hier erscheint sein Text in voller Länge sowie ein – in der Jungle World nicht veröffentlichter – Leserbrief von Gernot Lennert zum „Zu den Waffen, Genossen“-Text.

Stefan Philipp

WHY?



„Die Waffen nieder!“ statt „Volksbewaffnung“

Gegen Militärdienstzwang, für Kriegsdienstverweigerung

Von Bernd Drücke

Die taz druckt regelmäßig ganzseitige Bundeswehr-Propaganda ab. Diesen Verrat an ihren einst antimilitaristischen Positionen lässt sie sich immerhin von Frau von der Leyen gut bezahlen. Die *Jungle World* dagegen druckt kostenlos ganzseitige Werbung für die Wiedereinführung der „Wehrpflicht“ ab und zahlt dafür auch noch Zeilengeld.

Der am 14. Juni in der *Jungle World* abgedruckte Artikel „Zu den Waffen, Genossen“ von Lena Rackwitz ist nicht als Witz gemeint, sondern blutiger Ernst. Die Autorin fordert eine „Volksbewaffnung“ und die „Wiedereinführung der Wehrpflicht“. Sie dürfte damit für Verzückung sorgen, bei Waffenhändlern, der Rüstungsindustrie, bei Kriegsstrategen und der einzigen im Bundestag vertretenen Partei, die offiziell und vehement die „Wiedereinführung der Wehrpflicht“ auf ihre blauen Fahnen geschmiert hat, der AfD.

Rackwitz möchte, dass in Deutschland wieder zigtausende junge Menschen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Diese Position ist reaktionär und menschenfeindlich. Endlich tut uns Antimilitarist*innen mal jemand den Gefallen, den aktuellen marxistischen Militarismus schriftlich und in erschreckender Ahnungslosigkeit und Menschenverachtung zu präsentieren. Danke, Frau Rackwitz! Und danke, *Jungle World*, Du bist vielleicht die einzige linke Zeitschrift in Deutschland, die einen solch zusammengestoppelten Unsinn abdruckt.

Zunächst etwas zur Klärung. „Wehrpflicht“ und „Wehrdienst“ sind militaristische Propagandabegriffe, die kaschieren sollen, dass es sich um Kriegsdienst handelt. Oder glaubt je-

mand, dass es bei den neoimperialistischen Kriegen, an denen sich die Bundeswehr seit dem Nato-Angriffskrieg gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien 1999 beteiligt, um „Verteidigung“ geht?

Die „Wehrpflicht“ wurde nicht, wie von Rackwitz behauptet, abgeschafft, sondern seit 2011 lediglich ausgesetzt. Dass es dazu kam, ist erfreulich für Menschenrechtsaktivist*innen, für

die jeder Zwangsdienst ein Angriff auf die Würde des Menschen ist.

In der Zeit vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2012 sind bei den zuständigen Behörden insgesamt 1179691 Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer eingegangen. Davon waren 31985 Anträge von Soldat*innen. Der Kriegsdienst ist also unpopulär. Gut so. Auch mit der Aussetzung der „allgemeinen Wehr- »

Dokumentiert

Unter der Überschrift „Zu den Waffen, Genossen – Die allgemeine Wehrpflicht sollte wieder eingeführt werden“ veröffentlichte die linke politische Wochenzeitung *Jungle World* am 14. Juni einen Text von Lena Rackwitz, der hier unwesentlich gekürzt dokumentiert wird. Nachzulesen ist der Originalbeitrag auf der Internetseite <https://jungle.world/artikel/2018/24/zu-den-waffen-genossen>

Der 25. April ist der Jahrestag der portugiesischen Nelkenrevolution, die von Linken unbestritten als Fortschritt betrachtet wird und die nicht nur die mit dem Franquismus verbündete Diktatur, sondern auch den blutigen Kolonialkrieg in Angola, Mosambik und Portugiesisch-Guinea beendete. Diese Revolution wurde von linken Offizieren mit der Übertragung eines geheimen Signals, des verbotenen antifaschistischen Lieds „Grândola, Villa Morena“, begonnen und erhielt ihren Namen wegen der Nelken, die die Bevölkerung den aufständischen Soldaten in die Gewehrläufe steckte. Da die Nelkenrevolution von Militärs eingeleitet wurde, dient sie als Beispiel dafür, dass die Sache mit dem Militär nicht immer so einfach und eindeutig ist, wie viele »antimilitaristische« Linke in der BRD glauben.

Viele Linke wissen heute nicht mehr, dass die Forderung nach einer allgemeinen Wehrpflicht beziehungsweise einer „Volksbewaffnung“ im 19.

und 20. Jahrhundert eine linke Kernposition war. Der Gedanke, dass eine Wehrpflicht und Genossen in der Armee ein Bollwerk gegen rechtsreaktionäre Putschisten und eine verselbständigte Armee seien, findet sich im SPÖ-Programm von 1888, im Erfurter Programm der SPD von 1890 (Dritter Punkt: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“) und in Rosa Luxemburgs „Miliz und Militarismus“. Marx forderte, alle Arbeiter müssten „bewaffnet und organisiert sein. Die Bewaffnung des ganzen Proletariats mit Flinten, Büchsen, Geschützen und Munition muss sofort durchgesetzt, der Wiederbelebung der alten, gegen die Arbeiter gerichteten Bürgerwehr muss entgegengetreten werden.“

Am deutlichsten wurde die Konfrontation in den USA, wo es nie eine Wehrpflicht im eigentlichen Sinne gegeben hat. Dort rief Albert Parsons in

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Chicago beim Streik von 1877 zur Arbeiterbewaffnung auf, was ein Jahr später das Verbot sämtlicher Milizen außer der offiziellen State Militia zur Folge hatte. Dieses Verbot erleichterte das Vorgehen von Polizei und Justiz gegen die Arbeiterbewegung.

Daraufhin wurde 1886 nach dem bekannten Anschlag auf dem Haymarket die gesamte Führung der Chicagoer Arbeiterbewegung um Parsons ohne ein rechtsstaatlichen Grundsätzen genügendes Verfahren hingerichtet – dass ein solcher Justizskandal beim Risiko eines bewaffneten Aufstands eher ausgeblieben wäre, ist offensichtlich und entspricht ironischerweise dem bürgerlich-revolutionären Gründungsgedanken der USA. „Volksbewaffnung“ und Wehrpflicht stellen die mächtigste Form der Kontrolle der Herrschenden durch die Bevölkerung dar. Aus dieser Überlegung heraus wurden die Milizen der Staaten des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs im zweiten Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung verankert: „Da eine wohlgeordnete Miliz für die Sicherheit eines freien Staates notwendig ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.“ Die Forderung nach einer Bewaffnung der Masse der Bevölkerung, ob nun in Form einer Miliz oder einer allgemeinen Wehrpflicht, ist essenzieller Bestandteil jeder fortschrittlichen Idee seit der Amerikanischen Revolution. Jeder Angriff auf diese Forderung ist ein Rückschritt hinter die bürgerliche Revolution.

Nun ist seit Marx', Parsons und Luxemburgs Zeiten viel geschehen, die Frage der nahenden Revolution stellt sich in der BRD derzeit nicht, dafür gibt es aber das drängende Problem einer Faschisierung der Bundeswehr. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) konstatiert, dass es seit der Aussetzung der Wehrpflicht in der Bundeswehr „praktisch keine Linken mehr“ gebe, dafür aber vermehrt Nationalrevolutionäre, Nationalkonservative und Islamisten. [...] Die neuesten Zahlen bestätigen, dass die Aus-

setzung der Wehrpflicht die rechten Tendenzen in der Bundeswehr enorm befördert hat: Nach einer Anfrage der Linkspartei an das Verteidigungsministerium ermittelt der MAD derzeit wegen über 431 Verdachtsfällen von Rechtsextremismus; im Jahr 2017 gab es 46 Verdachtsfälle von Islamismus und 2016 50, aber keine Ermittlungen wegen des Verdachts auf Linksradikalismus.

Wozu eine derartige Abschottung, Radikalisierung und Racketisierung der Armee führen kann, zeigen etwa die Beispiele der Militärputsche in Chile und Spanien, ebenso wie die Niederschlagung des antifaschistischen Februaraufstands 1934 in Österreich. In all diesen Fällen scheiterten vielversprechende linke Vorhaben, weil sie durch eine von der breiten Bevölkerung und damit auch von allen progressiven Elementen der Gesellschaft abgekoppelte Armee zerschlagen wurden, deren Offiziere und Generäle sich ganz der Reaktion verschrieben hatten. Der Einsatz des Militärs gegen linke Bewegungen, die die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung genossen, war nur deshalb möglich, weil das bewaffnete Berufsheer die Ansichten der Junta-Generäle teilte. Die Nelkenrevolution wäre ohne antifaschistische Offiziere und Fußsoldaten nicht möglich gewesen – der Putsch von Augusto Pinochet dagegen funktionierte nur, weil es diese Offiziere und Soldaten kaum gab.

Die typische und bereits im 20. Jahrhundert ausgiebig von sozialistischen Linken kritisierte Haltung des kleinbürgerlichen Pazifismus ist die abstrakte Verneinung der Armee, des Krieges und des Militärs, sie lässt sich in Wolf Biermanns „Soldat, Soldat“ auf den Punkt bringen. Da heißt es: „Soldat Soldat, wo geht das hin / Soldat Soldat, wo ist der Sinn / Soldat Soldat, im nächsten Krieg / Soldat Soldat, gibt es kein Sieg / Soldat, Soldat, die Welt ist jung / Soldat Soldat, so jung wie du / Die Welt hat einen tiefen Sprung / Soldat, am Rand stehst du“. Diese Haltung ist in dieser abstrakten Form falsch, auch wenn es selbstver-

ständig richtig bleibt, dass die Welt „einen tiefen Sprung“ hat, sofern damit gemeint ist, dass die kapitalistische Produktionsweise und miteinander unnachgiebig konkurrierende Nationalstaaten und Blöcke zwangsläufig immer wieder Kriege produzieren. Biermann unterschlägt oder vielmehr verdrängt hier, dass der Erste Weltkrieg nicht zuletzt von streikenden und meuternden Soldaten und Matrosen beendet wurde.

Soldaten sind sich selbstverständlich nicht alle gleich, sondern versuchten etwa als eher anarchistisch geprägte Rote Ruhrarmee das Ruhrgebiet vor rechtsradikalem Terror zu schützen. In diesem Sinne war auch die bundesdeutsche Linke schon einmal weiter: „Zwei Seiten hat die Barrikad', / wo stehst du, Bundeswehrosoldat?“ wurde etwa in der Entgegnung auf Biermann von einer leninistischen Agitpropsonnggruppe gesungen. Selbstverständlich sollte die Abschaffung des Militärs das Endziel einer emanzipatorischen Linken bleiben, es stellt sich nur die Frage, wie man im Hier und Jetzt mit einer Welt umgeht, in der nationale Armeen ohnehin auf absehbare Zeit zum Status quo gehören werden. Man kann sie auch nicht durch abstrakte Negation verschwinden lassen. Auffällig ist hingegen, dass sehr viele rechte Militärputsche von Berufsheeren durchgeführt wurden.

Es lohnt sich also zu überlegen, ob Linke ihre ablehnende Haltung gegen die Bundeswehr überdenken, die alte Forderung nach einer „Volksbewaffnung“ aufgreifen und durch die Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht Nachdruck verleihen sollten. Dies wäre nicht nur in Hinblick auf die Verhinderung einer sich faschisierenden Berufsarmee sinnvoll, sondern auch in Hinblick auf eine Stärkung der militärischen Kompetenz der Linken. Auch wenn im Augenblick keine Revolution zu erwarten ist, wäre die Wehrpflicht sinnvoll, um die eigenen analytischen Fähigkeiten zu stärken, etwa beim Umgang mit bewaffneten Konflikten.

»pflicht“ ist die Kriegsdienstverweigerung aber nicht obsolet geworden.

Trotz der vielen Millionen Euro, die das „Verteidigungsministerium“ in Bundeswehr-Werbekampagnen steckt, fällt es den Werbern schwer, die von den Militärs angestrebte Zahl von zukünftigen Berufssoldat*innen zu rekrutieren.

Kaum jemand möchte das Mordhandwerk bei der Bundeswehr lernen, um anschließend im Sinne deutscher Kapitalinteressen in vielen Ländern der Welt auf Befehl zu morden, selbst verstümmelt oder getötet zu werden.

Skrupellos wird deshalb massiv in Schulen, Zeitungen, Sozialen Netzwerken, bei Spielermessen und Stadtfesten Werbung für den Militärdienst bei der Bundeswehr gemacht. Dabei wird von den Werbern der Kriegsdienst als aufregendes Abenteuerspiel verklärt. Offensichtlich fruchtet die manipulative Werbung vor allem bei jungen, noch unerfahrenen Menschen. Seit 2011 hat sich die Zahl der Minderjährigen bei der Bundeswehr verdreifacht. Mehr Kindersoldaten als heute gab es in Deutschland wahrscheinlich zuletzt in den Tagen des „Volkssturms“ am Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Verpflichtungen von Minderjährigen seit Aussetzen der „Wehrpflicht“ sind kontinuierlich angewachsen, laut Spiegel vom 9. Januar 2018 von 689 im Jahr 2011 auf den bisherigen Rekordwert von 1907 im Jahr 2016 und nun erneut auf 2128. „Krieg ist ein gutes Geschäft, investiert eure Kinder!“, könnte man da den Eltern der jugendlichen Soldat*innen zurufen.

Rackwitz behauptet: „Seit der Abschaffung der Wehrpflicht steigt die Zahl der Nationalrevolutionäre, Nationalkonservativen und Islamisten in der Bundeswehr.“

Tatsächlich wurde die Bundeswehr mehr als zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst unter dem Namen „Neue Wehrmacht“ von ehemaligen Nazioffizieren gegründet. Sie stellte sich seit ihrer Gründung in die

Tradition des deutschen Militarismus und war von Anfang an ein extrem patriarchalischer Männerbund und Tummelplatz für Nazis und andere Menschen mit menschenfeindlichen Ansichten.

Das liegt in der Natur der Sache. Ohne den von den Preußen übernommenen Militarismus des Deutschen Reiches, den Kadavergehorsam und die militaristische Prügelpädagogik, die schon aus kleinen Jungen autoritäre Zwangscharaktere machte, ist die Entstehung des Nationalsozialismus nicht zu verstehen. Wer den Militarismus als eine der wichtigen Quellen des Faschismus ausblendet, betreibt Geschichtsklitterung.

So wie Rackwitz, wenn sie behauptet „Um eine Faschisierung der Armee zu verhindern, bedarf es einer radikalen wehrpolitischen Wende in der Linken“.

Rackwitz blendet aus, dass das Militär eine Sozialisationsinstanz ist, die den Militaristen aller Couleur als „Schule der Nation“ gilt. Rackwitz' Forderung, Linke sollten zur Armee, ist absurd: Niemand ist Linke*r aufgrund der Gene, sondern „der Mensch“ ist laut Marx ein „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“. Das heißt, das Militär zieht nicht nur Rechte an, sondern es zieht auch Rechte heran, es macht aus „unpolitischen“ Menschen Soldaten, denen die Notwendigkeit einer Hierarchie, der Reiz von Uniformen, die Nation als entscheidende politische Einheit nicht hinterfragbar ist. Die Armee ist eine rechte Institution, die den Charakter junger Menschen verderben kann.

Wenn wir die Faschisierung der Armee also beenden wollen, sollten wir dem Militär keine weiteren Befehlsempfänger*innen beisteuern, sondern stattdessen dem Beispiel Costa Ricas folgen und die Armee endlich wieder abschaffen.

Aus meiner Sicht hätte das Land, das zwei Weltkriege mit zusammen über 70 Millionen Toten zu verantworten hat, nach dem Zweiten Weltkrieg nie wieder bewaffnet werden dürfen. „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschis-

mus!“, die Parole, mit der nach dem Zweiten Weltkrieg auch gegen die deutsche Remilitarisierung und Wiedereinführung des Kriegsdienstes demonstriert wurde, bleibt aktuell. Erst recht in Zeiten, in denen Deutschland zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt gehört und die Rüstungsindustrie und ihre Kriegsstrateg*innen eine massive Aufrüstung für weitere „Kriegsabenteuer“ anstreben.

„Viele Linke wissen heute nicht mehr, dass die Forderung nach einer allgemeinen Wehrpflicht beziehungsweise einer ‚Volksbewaffnung‘ im 19. und 20. Jahrhundert eine linke Kernposition war“, schreibt Rackwitz. Sie fordert, dass die Linke ihre ablehnende Haltung gegen die Bundeswehr überdenken soll. Die „alte Forderung nach einer ‚Volksbewaffnung‘ solle aufgegriffen“ werden und dieser durch die „Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht Nachdruck“ verliehen werden. „Dies wäre nicht nur im Hinblick auf die Verhinderung einer sich faschisierenden Berufsarmee sinnvoll, sondern auch im Hinblick auf eine Stärkung der militärischen Kompetenz der Linken. Auch wenn im Augenblick keine Revolution zu erwarten ist, wäre die Wehrpflicht sinnvoll, um die eigenen analytischen Fähigkeiten zu stärken, etwa beim Umgang mit bewaffneten Konflikten.“

Ob Kriegsdienstpflichtige militärische Kompetenz und analytische Fähigkeiten in der Bundeswehr zur Lösung bewaffneter Konflikte erwerben können, darf bezweifelt werden. Aber es sind die Studien der Friedensforschungsinstitute, aus denen man erfahren kann, dass es gerade der nicht bewaffnete Widerstand aus der Bevölkerung ist, der zu langfristigen friedlichen Lösungen von kriegerischen Konflikten führen kann.

Ich wünsche mir statt der Vorschläge von Rackwitz eine Stärkung der antimilitaristischen Kompetenz und unterstütze die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aller Kriegsparteien. Offensichtlich haben militaristisch denkende Menschen wie Rack- »

Trauer um Ludwig Baumann

Foto: Stefan Philipp



Im Alter von 96 Jahren ist am 5. Juli in Bremen der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann verstorben. Er war der wohl letzte Überlebende der mörderischen deutschen Kriegsgerichtsbarkeit. 30000 Todesurteile verhängte die NS-Militärjustiz gegen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer, „Wehrkraftzersetzer“, „Kriegsverräter“; unfassbare 23000 wurden vollstreckt. Ludwig Baumann hatte „das Glück“, dass das 1943 gegen ihn nach seiner missglückten „Fahnenflucht“ verhängte Todesurteil später in eine Zuchthausstrafe umgewandelt wurde, „verbüßt“ hat er die im Strafbataillon.

1990 gründete Ludwig Baumann zusammen mit den wenigen überlebenden Deserteuren die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, deren Vorsitzender er bis zum Schluss war. Seinem Engagement ist es zu verdanken, dass der Bundestag 2002 die Wehrmachtsdeserteure endlich pauschal rehabilitierte, 2009 dann auch die wegen „Kriegsverrat“ verurteilten Opfer der Wehrmachtsjustiz.

Anlässlich seines 90. Geburtstages im Dezember 2011 hatte der Bundeskongress der DFG-VK Ludwig Baumann per einstimmigem Beschluss die DFG-VK-Ehrenmitgliedschaft verliehen, um „sein langes und bewunderswertes Engagement für Frieden und eine Welt ohne Kriegsvorbereitung und Krieg“ zu würdigen.

Stefan Philipp



Erinnerung auf der DFG-VK-Facebook-Seite

» witz noch nichts aus der Geschichte gelernt. Sie wissen weder, dass den deutschen Offizieren zu Beginn des Ersten Weltkriegs vom Geheimdienst „Anarchistenlisten“ übergeben wurden, damit sie die zum mi-litärischen Zwangsdienst herangezogenen linksradikalen Soldaten als Kanonenfutter in die ersten Reihen schicken konnten. Der häufigste Grund für die Kriminalisierung anarchistischer Gruppen im militaristischen Deutschen Reich war ihr Antimilitarismus, der nicht zuletzt im Symbol des zerbrochenen Gewehrs, in Blockaden, im Sabotieren von Kriegsgerät und in Desertionsaufrufen zum Ausdruck kam.

Für Kurt Tucholsky und andere Antimilitarist*innen war die Dominanz des Militärischen eine Ursache für den deutschen Untertanengeist, der emanzipatorische Entwicklungen behinderte. Nach Ende des Ersten Weltkrieges machten Antimilitarist*innen den preußischen Militarismus auch für die katastrophalen Zustände an der Front verantwortlich. Tucholsky stellte damals klar: „Worauf es uns ankommt, ist dies: den Deutschen, unsern Landsleuten, den Knechtsgeist auszutreiben.“

Der Anarchopazifist Ernst Friedrich verweigerte im Ersten Weltkrieg den Kriegsdienst aus Gewissensgründen. Da er sich weigerte, eine Uniform anzuziehen, wurde er in eine „Irrenanstalt“ zwangseingewiesen. Wegen Sabotage in einem kriegswichtigen Betrieb wurde er 1917 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. 1924 formulierte er in seinem Buch „Krieg dem Kriege“: „Der Generalstreik sei die erste Waffe! Die Männer werden den Dienst verweigern! Das wahre Heldentum liegt nicht im Morden, sondern in der Weigerung den Mord zu tun!“

Natürlich gab es in der Geschichte der etatistischen Linken unzählige Militaristen. Auch das liegt in der Natur der Sache. Wer keine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft, sondern eine Diktatur (der Partei) anstrebt, braucht den Militarismus, um seine Ziele durchzusetzen. Ähnlich wie heu-

te Rackwitz empfohlen in den 1970ern die K-Gruppen ihren Jüngern, zum olivgrünen Bund zu gehen, um sich fit zu machen für den bevorstehenden „Klassenkampf mit der Waffe“. Damals wie heute sträubten sich bei den anarchistischen Antimilitarist*innen die Nackenhaare.

Den meisten Menschen dürfte heute klar sein, dass der Marsch durch die militärischen Institutionen auch aus Linken Befehlsempfänger, aber keine Revolutionäre macht.

Zur Revolution haben die Aufrufe des KBW nicht geführt und wird auch Lena Rackwitz' Aufruf nicht führen. Das Revolutionsverständnis von Rackwitz ist nicht emanzipatorisch, sondern eine grausame Gewaltfantasie vom bewaffneten Aufstand. Dieser steht hierzulande nicht auf der Agenda. Und das ist gut so.

Wohin die Realisierung ihrer Forderung nach „Volksbewaffnung“ führen würde, können wir erahnen, wenn wir einen Blick Richtung USA werfen. Dort besitzen mehr Menschen Schusswaffen als in jedem anderen Land der Welt. Eine Revolution ist dort trotz umfassender Volksbewaffnung nicht in Sicht. Stattdessen gibt es kein Land, in dem so viele Schulmassaker und Morde verübt werden. Mit Revolution hat das nichts zu tun. Im Gegenteil: „Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution“, wusste schon der Anarchist Bart de Ligt.

Rackwitz' Volksbewaffnungsthesen erinnern an die Politik der Waffenlobby in den USA. Die National Rifle Association (NRA) ist für Waffenkult, Volksbewaffnung und Blutbäder in den USA mitverantwortlich. Ihr mächtigster Lobbyist sitzt im Weißen Haus und kann die Welt mit einem Knopfdruck pulverisieren. Das wäre dann die zu Ende gedachte Konsequenz des Waffenfetischismus.

Nein, Frau Rackwitz, da streue ich lieber Sand in den Tank des Militarismus, rufe alle Soldat*innen zur Desertion auf, organisiere Gelöbnisse, fordere ein Ende aller Waffenexporte, die Abschaffung aller Armeen

- halte es ansonsten mit Albert Einstein; Der wusste schon vor 80 Jahren: „Wenn einer mit Vergnügen zu einer Musik in Reih und Glied marschieren kann, dann verachte ich ihn schon; er hat sein großes Gehirn nur aus Irrtum bekommen, da für ihn das Rückenmark schon völlig genügen würde. Diesen Schandfleck der Zivilisation sollte man so schnell wie möglich

zum Verschwinden bringen. Heldentum auf Kommando, sinnlose Gewalttat und die leidige Vaterländerei – wie glühend hasse ich sie, wie gemein und verächtlich erscheint mir der Krieg; ich möchte mich lieber in Stücke schlagen lassen, als mich an einem so elenden Tun beteiligen! Töten im Krieg ist nach meiner Auffassung um nichts besser als gewöhnlicher Mord.“

Statt „Zu den Waffen, Genossen“ ist heute Bertha von Suttners Ruf aktueller denn je: „Die Waffen nieder!“

Bernd Drücke ist DFG-VK-Mitglied, promovierter Soziologe und Redakteur der anarchistisch-antimilitaristischen Monatszeitschrift Graswurzelrevolution.

«

„Das KDV-Recht müsste abgeschafft werden.“

In der Jungle World nicht veröffentlichter Leserbrief zu „Zu den Waffen, Genossen“

Von Gernot Lennert

Der Beitrag strotzt vor sachlichen Fehlern, Geschichtsverdrehungen und Unlogik. Rackwitz hat noch nicht einmal mitbekommen, dass der Kriegsdienstzwang in Deutschland nur ausgesetzt, keineswegs abgeschafft ist.

Sie schreibt: „Wozu eine derartige Abschottung ... der Armee führen kann, zeigen etwa die Beispiele der Militärputsche in Chile und Spanien.“ Das widerspricht ihrer These, dass Zwangsrekrutierung Militärputsche verhindere. Chile und Spanien praktizierten den Kriegsdienstzwang, wie es Rackwitz fordert. Laut Rackwitz hätten diese beiden Putsche also gar nicht stattfinden dürfen.

Sie schreibt ferner: „Auffällig ist hingegen, dass sehr viele rechte Militärputsche von Berufsheeren durchgeführt wurden.“ Sie nennt dafür kein einziges Beispiel. Sie dürfte auch kaum eines finden können. Typisch für die Militärputsche der letzten Jahrzehnte ist, dass sie meist von Armeen mit Kriegsdienstzwang verübt wurden, wie in der Türkei, Griechenland, Argentinien, Chile, Brasilien und Thailand. Die Putschneigung hängt vor allem vom Selbstverständnis des Militärs ab: Wenn die Armee politisiert ist und sich für den wahren Hüter der Nation und gleichzeitig die totalitäre Schule der Nation hält, dann hält sie es für ihr Recht zu putschen, wenn sie

mit der zivilen Regierung unzufrieden ist. Gleichzeitig militarisiert sie über den Kriegsdienstzwang die Gesellschaft, so dass sie Beifall erhält, wenn die angesehene Armee die vermeintlich unfähigen zivilen Politiker*innen wegputscht. Die Putschisten verfügen dank militärischer Massenindoktrination über das gehorsame Menschenmaterial, das sie für ihre Putsche einsetzen können.

In Staaten mit starker Berufsarmee-Tradition in dem Sinn, dass sich die Soldaten als Militär-Profis empfinden, aber keine Ambitionen haben, die Regierung zu übernehmen oder Zivilisten grundsätzlich zwangszurekrutieren, kommen Militärputsche nicht vor: z.B. USA, Großbritannien, Irland, Kanada, Australien, Neuseeland, Indien. Der letzte Militärputsch in Großbritannien geschah unter Oliver Cromwell, durch eine politisierte Bürgerkriegsarmee.

Gerade Militaristen und Faschisten fordern vehement die Zwangsrekrutierung, um eine möglichst enge Verzahnung von Militär und Gesellschaft zu erreichen. In der Türkei gibt es sogar einen Strafrechtsartikel, der die „Entfremdung des Volkes vom Militär“ bestraft. Der Kapp-Putsch wurde gestoppt, gerade weil der Putschisten-truppe die Kontrolle über Hunderttausende von Befehlsempfängern

entzogen worden war. Rackwitz verschweigt, dass ihre Idee, antifaschistische und militärkritische Personen in nennenswerter Zahl in die Bundeswehr zu bringen, nur funktionieren könnte, wenn das Recht auf Kriegsdienstverweigerung abgeschafft würde. Denn sonst landen in der Bundeswehr vorwiegend Leute, die naiv, militaristisch, rechtsgerichtet oder zu gleichgültig oder zu träge oder unfähig zum Verweigern sind.

Rackwitz erwähnt mit keiner Silbe, dass die von ihr propagierte Zwangsrekrutierung entwürdigende Zwangsmusterungen, Gewissensprüfungen, millionenfache massive Freiheitsberaubung durch Zwangsdienste und Gefängnisstrafen, Schikanen und letztendlich auch Misshandlungen und Tod beinhaltet.

Befindet sich Rackwitz selbst in der Bundeswehr, um dort dem Einfluss von Faschisten entgegenzutreten? Wenn nicht, will sie offenbar nur andere für ihre absurde und abgrundtief menschenverachtende Hypothese instrumentalisieren und ihrer grundlegenden Menschenrechte auf Freiheit, Leben und körperliche Unversehrtheit berauben.

Gernot Lennert ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Hessen.

«

„Abrüsten statt Aufrüsten“

Eine breit getragene Kampagne gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben

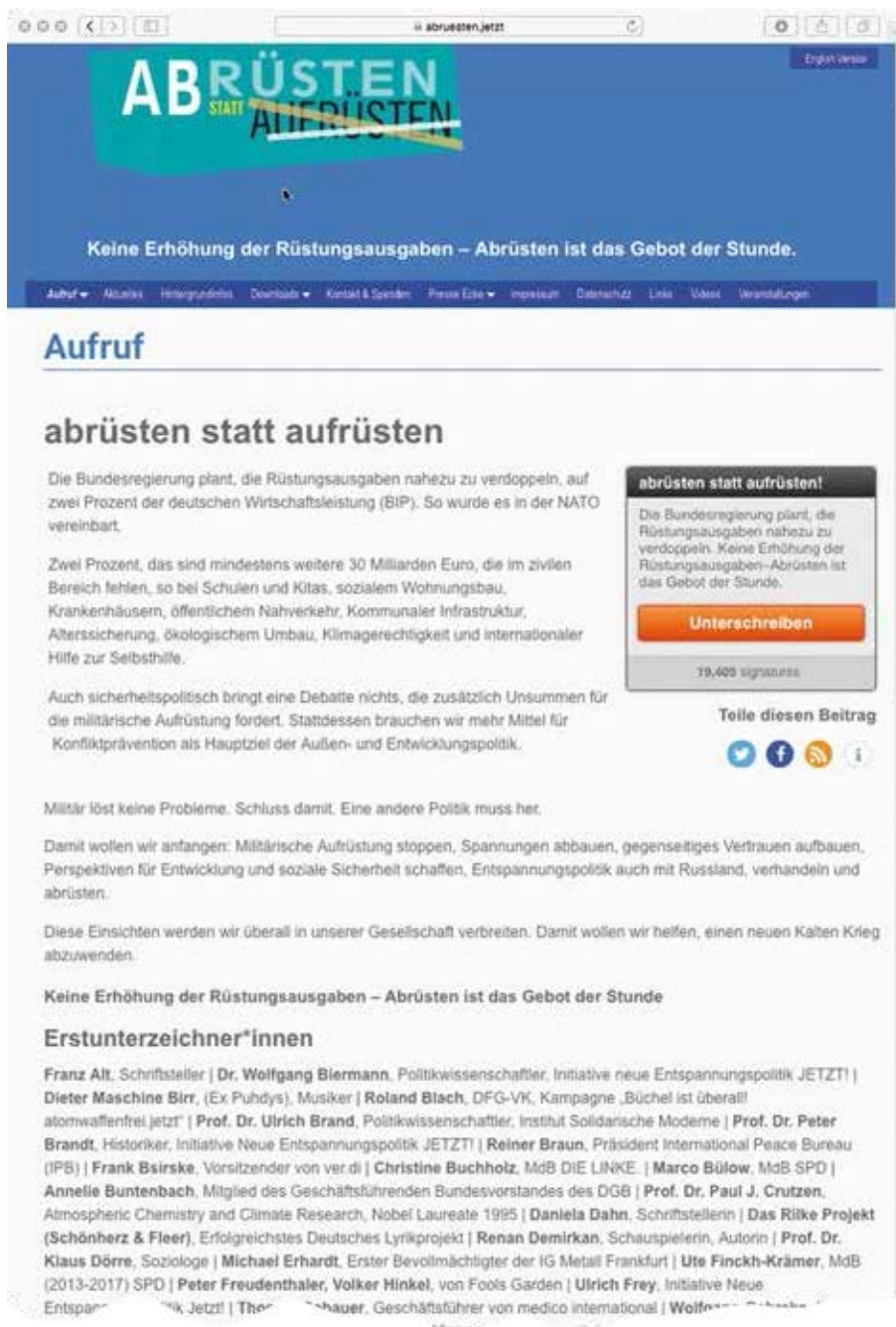
Von Torsten Schleip

Nachdem aus der nach dem vorübergehenden Ende des Kalten Krieges vielbeschwo- renen Friedensdividende definitiv nichts geworden ist, droht jetzt eine Aufrüstungsspirale wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Getragen und unterstützt von Parteien, die in vergangenen Zeiten zumindest for-

mal militärisches Denken ablehnten. Im Raum stehen Zahlen, die das all- gemeine Vorstellungsvermögen der meisten WählerInnen an eine Belas- tungsgrenze bringen. 12 Milliarden Euro zusätzlich für dies und jenes, 120 Milliarden in zehn Jahren für die Infra- struktur, vermeintlich niedliche 2 Pro- zent des Bruttoinlandsproduktes ...

Damit der sonst gutgläubige und veränderungsresistente deutsche Michel bzw. die Micheline das Denken über derartige Probleme den dafür angeblich Bezahlten und Geeigneten überlässt, läuft das mediale Bombardement seit Jahren derartig auf Hoch- touren, dass mensch die Überzeugung gewinnen könnte, nur durch einen nationalen Kraftakt à la „Gold gab ich für Eisen“ ließe sich die Bundes- wehr noch vor dem Untergang retten: Die Kasernen verschimmeln, die Panzer rollen nicht, die Hubschrauber schrauben nicht, selbst sonst alltägli- che Dinge wie dicke Zelte oder Klo- papier werden zur Mangelware dekla- riert. Und wie das so ist: Irgendwann zeigt der Dauerbeschuss Wirkung. Die derzeitigen Politiker können nichts da- für, denn dies seien nun mal Bündnis- verpflichtungen und Forderungen un- serer Partner und Verbündeten und die können wir ja nicht hängen las- sen usw. usf. Der Wahrheitsgehalt al- ler Aussagen ist relativ gering, was aber kaum jemand ernsthaft zu stören scheint.

Die Aussage, die Nato oder Trump nötige Deutschland und andere geradezu dazu, die Militärausgaben zu er- höhen, ist eine glatte Lüge. Kriegsmini- sterin von der Leyen und der damali- ge Außenminister und jetzige Bundes- präsident Steinmeier unterschrieben aus eigenem Antrieb den Beschluss des Nato- Gipfels in Wales. Und wenn der politische Wille bei Regierung oder Bundestag vorhanden wäre, können Verträge ja auch jederzeit wieder ge- ändert werden. Die Rüstungsausga- ben werden erhöht, weil dies im Inter- esse einer aggressiven und machtgie- rigen Außenpolitik liegt und den Pro- fitinteressen der Rüstungsindustrie dient. Bei der Einführung des Euro la- gen die Militärausgaben offiziell bei 50



Milliarden D-Mark oder 25 Milliarden Euro, jetzt bei 37,5 Milliarden Euro, es gab also bereits eine Erhöhung um 50 Prozent, und jetzt soll erneut verdoppelt werden. Der pazifistische Neigungen unverdächtige ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat stellte bei einer Veranstaltung der Bundestagsfraktion der Linken im Juni in Berlin fest, dass die derzeit eingestellten Mittel völlig ausreichend seien, um den verfassungsgemäßen Auftrag der Bundeswehr zu erfüllen: die Landesverteidigung. Für Sicherheit am Hindukusch, Bündnis-verteidigung“ und Auslandseinsätze reicht es nicht, dazu steht aber auch nichts im Grundgesetz.

Wie sehr die geplante Verschwendung von Steuermitteln mit dem Abbau von Sozialleistungen verquickt ist, wurde unlängst überdeutlich: Am gleichen Tag beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages die Anschaffung von Kampfdrohnen für

900 Millionen Euro, und Gesundheitsminister Spahn verkündete eine Erhöhung des Beitrages für die Pflegeversicherung um 0,3 Prozent. Die beabsichtigte Verdoppelung der Wehretats auf dann 20 Prozent% des Bundeshaushaltes und die damit verbundenen Sparzwänge in sozialen und anderen Bereichen sind eine so offensichtliche Idiotie, dass der Widerstand gegen diese Pläne weit über die in anderen Punkten oftmals zerstrittene Friedensbewegung hinaus geht. Und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz bietet die einzige Möglichkeit, diesen Unsinn eventuell noch zu verhindern. Erstmals seit Jahren stehen die Namen von VertreterInnen von Friedensbewegung, Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden, Umweltschutzbewegungen und Parteien sowie von Musikern, Künstlern und Intellektuellen gemeinsam unter einem Aufruf: „Abrüsten statt Aufrüsten!“

Auch wenn manch eine oder einer vom Mittel der Unterschriftensamm-

lung wenig halten sollte, bietet sich im Umfeld des Aufrufes gerade für die DFG-VK die Möglichkeit, gelockerte Kontakte zu alten Bündnispartnern zu erneuern, neue Kontakte zu knüpfen und den Slogan „Abrüstung statt Sozialabbau“ wiederzubeleben.

Da die Unterschriften im Zuge der Haushaltberatungen für den Haushalt 2019 zwischen September und November übergeben werden sollen, könnte der 1. September zu einem bundesweiten Aktionstag zum Aufruf werden.

Im Vorfeld des Antikriegstages sollten lokale Abgeordnete öffentlichkeitswirksam aufgefordert werden, zum einhundertsten Jahrestag des Endes des Ersten Weltkrieges die Fehler ihrer Vorgänger nicht zu wiederholen und sich der erneuten Bewilligung von Kriegskrediten zu verweigern.

Torsten Schleip ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. <<

DFG-VK-Shop

shop.dfg-vk.de
shop@dfg-vk.de
0711 - 51 89 26 26
Werastraße 10
70182 Stuttgart



T-Shirt „Kein Werben fürs Töten und Sterben“ zur Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ erhältlich in den Größen S, M, L, XL, 3XL
100 % Baumwolle
15,00 € zzgl. Versandkosten

- Flyer
- Broschüren
- Bücher
- Zeitschriften
- CDs/DVDs
- Buttons
- Aufkleber
- Luftballons/Pfeifen
- Fahnen/Banner
- Plakate
- Taschen/Textiles/Co.

So vertreibt man eine Rüstungsmesse

Erfolgreiches Engagement gegen Itec-Messe in Stuttgart

Von Katharina Müller und Michael Schulze von Glaßer

Nachdem die Militär-Simulatoren-Messe Itec nach Protesten 2014 zum letzten Mal in Köln stattfand, war nun auch das Gastspiel in Stuttgart eine einmalige Angelegenheit. Ein Rückblick auf die Proteste und den Prozess, der zum erfolgreichen Abzug der Rüstungsmesse aus der baden-württembergischen Landeshauptstadt geführt hat und eine Anleitung für den Fall, dass sich die Itec 2022 einen anderen Austragungsort in Deutschland sucht.

Sirenen heulen. Schreie durchdringen die warme Luft in diesem Mai 2014 vor dem historischen Kölner Dom. Vor dem Hotel Excelsior liegen einige Menschen mit blutverschmierter Kleidung. Zum Glück nur eine Protestaktion – aber eine mit Wirkung. Vom 20. bis 22. Mai des Jahres fand in den Kölner Messehallen die Rüstungsmesse Itec statt – das „International Forum for the Military Training, Education and Simulation Sectors“.



Fotos: Michael Schulze von Glaßer

Auf der Messe trafen sich Militärs aus aller Welt, um sich über militärische Trainings- und Schießsimulatoren auszutauschen und Geschäfte abzuschließen. Die Simulatoren sollen die Kriegsführung erleichtern

und Soldatinnen und Soldaten kostengünstig für Einsätze vorbereiten. Erstmals gab es dagegen 2014 in Köln größere Proteste: Etwa 300 Menschen waren auf der Straße – und eben auch

schräg gegenüber dem Dom vor dem Hotel Excelsior, in dem sich die Militärs und Rüstungsindustriellen am Abend zum gemütlichen Beisammensein trafen.

Dabei wollten sie eigentlich ihre Ruhe haben: Nicht mal im Veranstaltungskalender der städtischen Messehallen war die Itec angekündigt. Und die Lokalpresse hatte keinen Zutritt. Der spektakuläre Protest riss die Veranstaltung aber in die Öffentlichkeit. In der Stadt entbrannte eine Diskussion: Soll die städtische Messehalle wirklich auch für Rüstungsmessen zur Verfügung gestellt werden? Dank der Arbeit lokaler Friedensaktivistinnen und -aktivisten entschieden sich der Aufsichtsrat der Messe und der Stadtrat gegen eine weitere Itec in Köln – auch der Veranstalter der Messe, das britische Unternehmen Clarion Events, hatte nach den Protesten genug von der Domstadt. Ein großer Erfolg der DFG-VK-Gruppe Köln und der anderen Friedensgruppen der Stadt!

Schlecht gewählter Ausweichort.

Das Ende der Itec war das aber noch nicht. Die Messe findet jedes Jahr in einem anderen zentraleuropäischen Land statt, alle vier Jahre in Deutschland. Wie auf der Itec in Rotterdam im Mai 2017 bekannt wurde, hatte Clarion ausgerechnet die für ihre starke friedens- und antimilitaristische Szene bekannte baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart für die Itec 2018 auserkoren. Die dort aktiven Friedensbewegten informierten sich mit Unterstützung aus Köln schnell und ergriffen erste Gegenmaßnahmen: Paul Russmann von Ohne Rüstung Leben (ORL) und damals noch Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ recherchierte, dass die lokalen Messehallen je zur Hälfte der Stadt Stuttgart und

dem Land Baden-Württemberg gehören. Dabei hatte die Stadt erst vor wenigen Jahren beschlossen, kein Vermögen mehr in Rüstungsgüter anzulegen, und auch die Messe selbst hat Richtlinien zu Transparenz und Menschenrechten, die mit der Austragung einer Rüstungsmesse wie der Itec unvereinbar erschienen.

Russmann wandte sich daher mit einem Brief an den aus Stadtratsmitgliedern bestehenden Aufsichtsrat der Messe. Dabei kam heraus: Die Aufsichtsratsmitglieder waren nur unzureichend über den Inhalt der anstehenden Messe informiert. Der Erste Bürgermeister der Stadt und Vorsitzende des Aufsichtsrats, Michael Föll (CDU), spielte den militärischen Charakter der Itec herunter: Es gehe vor allem um zivile Sicherheitskräfte, und auch Simulatoren für Feuerwehren würden ausgestellt. Allein der Itec-Hauptsponsor – das umstrittene deutsche Unternehmen Rheinmetall – ließ an dieser Aussage zweifeln. Sechs der zehn größten Rüstungskonzerne der Welt waren auf der Itec vertreten – etwa Lockheed Martin, Boeing, Airbus und BAE Systems.

Der weltweite Umsatz mit den Simulatoren betrug 8 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 – mittlerweile dürfte der Betrag stark gestiegen sein. Ein Argument des Militärs für die beliebten Simulatoren ist dabei die Kosteneffizienz: Während reale Granaten nicht selten Tausende von Euro kosten, fallen bei den virtuellen Übungen quasi nur die Stromkosten an. Ein weiteres Argument: In der virtuellen Welt lässt sich relativ problemlos jede Region der Erde nachbilden. Damit kann das Militär schon heute virtuell im Einsatzland von morgen üben.

Letztlich geht es darum, Soldatinnen und Soldaten effizienter zu machen – also besser Krieg führen zu

können. Dies macht es auch für Politikerinnen und Politiker einfacher, die Armee einzusetzen: Die Hürde, einen Militäreinsatz durchzuführen, sinkt, wenn durch gutes Training das Risiko für die eigenen Truppen minimiert werden kann. Durch Messen wie die Itec wird die Welt nicht friedlicher.

ORL rief daher über zehntausend Menschen in ihrem Interessentenverteiler dazu auf, Protestbriefe an Stadt und Messegesellschaft zu schicken. Der erste direkte Protest fand im Juli 2017 statt, bereits zwei Monate nach Bekanntwerden des kommenden Veranstaltungsortes der Itec. Vor der Aufsichtsratsitzung protestierte Paul Russmann zwar noch vollkommen allein, bekam aber viel mediale Aufmerksamkeit. Unter anderem berichtete der Südwest-Rundfunk ausführlich über die beginnende Diskussion um die Rüstungsmesse. Von den dreizehn anwesenden Aufsichtsratsmitgliedern sprachen sich drei – die von Grünen, SPD und SÖS LINKE PluS – gegen die Itec aus, zwei enthielten sich, der Rest stimmte für die Messe, merkte aber an, beim nächsten Mal vorab ausführlicher über den Inhalt anstehender Messen informiert werden zu wollen. Unentwegt gingen in dieser Zeit die Protestschreiben bei Stadt und Messe ein – allein die Messegesellschaft habe zwischen drei- und viertausend Protestschreiben erhalten, teilte ein Sprecher später mit.

Bei der nächsten Aufsichtsratsitzung im Oktober waren die Proteste schon größer: Die DFG-VK-Gruppe Stuttgart und das Offene Treffen gegen Krieg und Militär (OTKM) legten einen roten Teppich vor der Messe aus. Darauf lagen „Leichen“ – mit roter Farbe befleckte, ausgestopfte Einweg-Maleranzüge – und dazu Schilder der auf der Messe vertretenen Rüstungsunternehmen.

„Simulierst du noch oder mordest du schon?“, wurde das Motto des Protests. Rund zwanzig Leute waren bei dem mitten in der Woche stattfindenden Protest dabei. Auch darüber berichteten die Medien ausführ-

lich – der politische Preis für die Rüstungsmesse wurde in die Höhe getrieben, und die Itec war spätestens seit dieser Aktion ein Politikum. Immer mehr politische Gruppen nahmen Stellung. Die um Stuttgart liegenden Diözesen und Kirchengemeinden stellten sich einstimmig gegen die Rüstungsmesse. Auch

der württembergische Landesbischof sprach sich gegen die Itec aus. Der Landesvorstand des DGB positionierte sich ebenfalls gegen die Messe.

Gemeinsam gegen die Rüstungsmesse. Ende 2017 bildeten die schon aktiven Organisationen das große Bündnis „Itec stoppen!“. Neben den Hauptakteuren ORL, OTKM und DFG-VK waren auch terre des hommes, pax christi, attac, die lokalen Weltläden, die Grüne Jugend, die Jusos, Die Linke, Gewerkschaften sowie Kirchen an dem Zusammenschluss beteiligt – insgesamt über zwanzig Organisationen, die auch gleich ihr Mobilisierungspotenzial zeigten: Zu einer Aktion vor dem Stuttgarter Rathaus, in dem der Gemeinderat tagte, kamen im Januar 2018 mit rund 150 Menschen mehr als doppelt so viele wie erwartet. Im Rahmen der medienwirksamen Protestaktion – u.a. wurde das Rathaus mithilfe eines Beamers mit einem Protestmotiv beschildert – wurden Bürgermeister Föll weitere Protestunterschriften übergeben. Mit Erfolg: Föll versprach, dass die Itec in Stuttgart eine einmalige Sache sein werde. Kündigen wollte man Clarion-Events aber nicht – die Messegesellschaft fürchtete hohe Schadensersatzforderungen.

Daher gingen die Proteste weiter und gewannen an Dynamik: Das Thema bewegte die Menschen in der Stadt merklich. Die Bündnistreffen wurden immer größer. Flyer mussten mehrmals nachgedruckt werden,



insgesamt wurden 17500 Flugblätter verteilt.

Der nächste Höhepunkt war der Ostermarsch. Die traditionelle Auftaktveranstaltung am Karfreitag fand vor der Stuttgarter Messe, die direkt neben dem Flughafen liegt, statt: Neben Reden gab es eine Performance, bei der ein mit einer Virtual-Reality-Brille und einem futuristischen Plastikgewehr ausgestatteter uniformierter „Soldat“ die rund einhundert Demonstrantinnen und Demonstranten „erschoss“. Die Die-in-Aktion fand in der Presse große Beachtung. Ebenso wie der Ostermarsch am Folgetag, der mit 3000 Menschen weitaus größer war als in den Vorjahren und bei dem die Itec eines der Hauptthemen war.

Im April – nur wenige Wochen vor der Itec – dann die nächste größere Aktion: In den Messehallen fand eine Nachhaltigkeitsmesse statt. Dabei handelte es sich um die älteste und bedeutendste Fach- und Verbrauchermesse für fairen Handel. Sie findet jedes Jahr in der Stuttgarter Messe statt. In diesem Jahr wurde die Eröffnungsfeier von Protesten gegen die nachfolgende Rüstungsmesse begleitet – unterstützt und getragen von den Ausstellerinnen und Ausstellern der FairTrade-Messe. Denn Nachhaltigkeit und Krieg lassen sich nicht vereinbaren. Unzählige Stände legten „ITEC not welcome!“-Protest-Postkarten bei sich aus. Nach der Messe traf sich ein Teil der Messeleitung mit den Organi- »

» satoren der Fair-Trade-Messe und einigen Ausstellern zur Auswertung und auch, um noch mal über die anstehende Itec zu sprechen. Bei dem Gespräch drohten gleich mehrere große Aussteller damit, der Fair-Trade-Messe in Zukunft fernzubleiben, wenn nach 2018 nochmals eine Rüstungsmesse in den Hallen stattfindet – dadurch könnte Stuttgart sogar die gesamte Fair-Trade-Messe, die als Aushängeschild der Stadt dient, verlieren.

Neben den vielen moralischen Argumenten gab es damit nun auch ein handfestes finanzielles Argument und Druckmittel gegenüber der Messegesellschaft. Diese zog sich bei dem Gespräch auf die Position zurück, neutral bleiben zu müssen, da man auf den Inhalt akquirierter Messen keinen Einfluss nehmen, so die Verantwortlichen. Dieses Argument konnte jedoch schnell damit entkräftet werden, dass nach dem Amoklauf von Winnenden im Jahr 2009 eine Messe für Waffen-Antiquitäten nicht zugelassen wurde. Auch Veranstalter von Erotikmessen bekommen die Stuttgarter Messehallen nicht.

Erfolg bei „CryEngine“-Simulatoren

Im Frühjahr 2017 hat die DFG-VK die kleine Kampagne „Make Games – Not War“ gestartet: www.CRYTEK.DFG-VK.de. Dabei ging es darum, den deutschen Videospielehersteller Crytek dazu zu bewegen, seine Software nicht mehr an Rüstungsunternehmen zu verkaufen. Diese verwendeten die so genannte „CryEngine“ dazu, virtuelle Welten für ihre Schieß- und Trainingssimulatoren zu schaffen. Stellen auf der Itec 2014 noch zahlreiche Rüstungsunternehmen Simulatoren aus, die die Software aus Frankfurt am Main nutzten, war die „CryEngine“ auf der Messe 2018 kaum mehr in Verwendung. Dafür beliefert der tschechische Videospielehersteller „Bohemia Interactive“ immer häufiger Rüstungsfirmen und Streitkräfte mit abgewandelter Videospiele-Software zur Ausstattung militärischer Schieß- und Trainingssimulatoren.

Michael Schulze von Glaßer

Die Rüstungsmesse kam näher, und auch die Proteste waren immer enger getaktet. Anfang Mai wurde die Medien zu einer Pressekonferenz in die DFG-VK Bundesgeschäftsstelle eingeladen. Dabei wurden den Pressevertreterinnen und -vertretern die Position zur Itec sowie die anstehenden Proteste vorgestellt. Am 12. Mai – dem Samstag vor Beginn der Itec – gab es dann einen großen Aktionstag auf der Königsstraße, der Hauptverkaufsstraße von Stuttgart. An acht Standorten wurde mit verschiedenen Infoständen und mit Aktionen wie einem Straßentheater gegen die Messe protestiert. Auch das U35-Treffen der jungen DFG-VK-Mitglieder fand aus diesem Grund in Stuttgart statt. An einem Die-in-Flashmob zu Sirenengeheul, ähnlich wie in Köln, beteiligten sich über fünfzig Leute.

Protest Tag und Nacht. Verhindert werden konnte die Itec nicht. Und so fand die Rüstungsmesse vom 15. bis 17. Mai statt. Ungestört blieben die Militärs dabei aber nicht: Trotz mäßigem Wetter bis hin zu Hagelschauern fand in der gesamten Zeit der Messe – 56 Stunden – eine von Thomas Haschke von der DFG-VK Stuttgart organisierte Dauermahnwache statt. In drei mit Protestbannern geschmückten Pavillons zwischen dem nahen Flughafengebäude, in dem auch die S-Bahn ankommt, und dem Messeareal, wurde über die Itec informiert. Der „Frieden schaffen ohne Waffen“-Bulli der DFG-VK, ein „ITEC Stoppen“-Transparent an einer nahegelegenen Brücke sowie ein gut fünf Meter hohes, aufblasbares zerbrochenes Gewehr des bayerischen DFG-VK-Landesverbands machten auf den ersten Blick deutlich, worum es ging: „Jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit“, so die Aufschrift an der Unterseite der Installation. Den Weg säumten zudem die sieben „Goldenen Nasen“ der Rüstungsindustrie: Überdimensionierte goldfarbene Nasen der Vorsitzenden deutscher Rüstungskonzerne, welche sich mit ihren Waffengeschäften eine „goldene Nase“ verdienen –

ein echter Blickfang. Zwar wird das Itec-Publikum auch diese Installation nicht sofort überzeugt haben, ihre Geschäfte einzustellen, die Zielgruppe des langen Protests waren aber auch nicht (nur) die Militärs: Während die Itec im westlichen Teil des Messeareals stattfand, lief in den östlichen Messehallen zeitgleich die „Pflegemesse Plus“, eine Fachmesse für den Pflegemarkt. Während es also in einigen Hallen darum ging, wie man das Leben von beispielsweise körperlich geschädigten Menschen verbessern kann, ging es in den anderen Hallen darum, wie man Menschenleben effizient mit militärischer Gewalt zerstören kann. Ein Widerspruch, der viele Menschen, die den Infostand besuchten, aufregte. Für den Protest gab es viel Zustimmung.

Ein breites inhaltliches und kulturelles Programm hielt dabei die bei dem Dauerprotest Anwesenden bei Laune: Es gab Vorträge zur Itec und zu weiteren aktuellen militärischen Entwicklungen, eine Jonglier-Show und Musikeinlagen. Kirchliche Protestgruppen organisierten ein Friedensgebet vor dem Messeeingang, und durch die Anwesenheit niederländischer Franziskaner-Mönche, die schon seit Jahren gegen die Itec aktiv sind, bekam der Protest sogar einen internationalen Charakter.

Auch wurde vor Ort recherchiert: Mehrere Militärkritiker – u.a. auch Paul Russmann – hatten die Möglichkeit, offiziell auf die Itec zu gehen, und konnten so von der Fachmesse berichten. Es wurden vor allem Kampfflugzeug- und Panzersimulatoren gezeigt. Der neueste Trend sind aber Militärübungen mithilfe von Virtual-Reality-Brillen. Dabei haben die Soldatinnen und Soldaten eine Brille ähnlich einer Taucherbrille auf, in die sie eine virtuelle Umgebung eingespielt bekommen. Dies ermöglicht es, tief in die virtuelle Welt einzutauchen und sich, dank Head-Tracking, auch in ihr umzusehen: High-Tech für das Kriegstraining. Irritierend war dabei für die Beobachter, dass sich auf der Itec auch Militärs aus sich teilweise feind-

lich gegenüberstehenden Staaten begneten – und anscheinend gut miteinander auskamen. Der Kontakt mit ihren grundsätzlichen Kritikern und Kritikerinnen wurde von den Militärangehörigen und Rüstungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern hingegen vermieden: Das abendliche Beisammensein, welches in Köln noch im luxuriösen Hotel Excelsior stattfand, wurde in Stuttgart innerhalb des Messegeländes in den Vortragsräumen durchgeführt. Auch in einer E-Mail wurden die Besucherinnen und Besucher der Rüstungsmesse davor „gewarnt“, die Messe über den östlichen Weg zu betreten, wo sich die Proteststände befanden. Ein großes Itec-Transparent, welches in Köln 2014 vor den Messehallen hing, gab es in Stuttgart ebenfalls nicht – von außen war nicht zu sehen, worum es drinnen ging. Eine Auseinandersetzung mit ihren Kritikerinnen und Kritikern scheuten die Militärs.

Ihren „radikalen“ Höhepunkt fanden die Proteste am letzten Messetag, als einige Musikerinnen und Musiker der „Lebenslaute“ am frühen Morgen den Eingang zur Itec blockierten. Die überraschte Security konnte die rund ein Dutzend Musikerinnen und Musiker nicht aufhalten. Schnell wurden die Instrumente ausgepackt und klassische Lieder mit Antikriegstexten gespielt: „Waffenhandwerk schafft nur Unheil“ war dazu auf einem ausgebreiteten Transparent zu lesen. Nach etwa einer halben Stunde war die Aktion zivilen Ungehorsams zu Ende, und man verließ das Messegelände wieder – die Polizei zeigte sich während der gesamten Proteste kooperativ.

Am Ende der Dauermahnwache kam auch der Pressesprecher der Messe Stuttgart nochmals am Stand vorbei, um weitere Protestunterschriften sowie als Geschenk auch ein Protest-T-Shirt entgegenzunehmen. Im Gespräch zeigte er sich erleichtert über den gewaltfreien, aber, wie er betonte, „nachdrücklichen“ Protest und ließ durchblicken, dass die Itec nicht wieder in Stuttgart zugelassen werde. Dies wurde am Donnerstagabend,

dem 17. Mai, als die Proteste mit einer Abschlusskundgebung vor dem Rathaus endeten, gefeiert. Über 350 Menschen sagten: „Tschüss Itec!“

Fazit: Wie vertreibt man eine Rüstungsmesse? Natürlich weiß niemand, welche Politikerinnen oder Politiker in vier Jahren, wenn die Itec nach Clarions Takt wieder in Deutschland stattfinden müsste, an der Regierung sind. Auch die Besetzung des Aufsichtsrats der Messegesellschaft wird eine andere sein. Das Versprechen des Stuttgarter Ersten Bürgermeisters Michael Föll und die Aussagen des Pressesprechers der Stuttgarter Messe sind aber durchaus verbindlich: Auch in Köln gab es zunächst nur Versprechen und erst darauffolgend Beschlüsse. Der Aufsichtsrat der Messegesellschaft will bald eine Erklärung verabschieden, in der er fordert, keine weitere Itec mehr in die Hallen zu holen. Und das Risiko die jährliche Fair-Trade-Messe beim erneuten Durchführen der Itec zu verlieren, ist ein enormes finanzielles Druckmittel. Auch Clarion Events wird wohl davon absehen, erneut nach Stuttgart zu kommen: Noch nie gab es so große Proteste gegen die Itec. Für die Besucherinnen und Besucher der Rüstungsmesse war es eine unangenehme Situation, mit so viel Kritik konfrontiert zu sein. Zudem sollen die Kosten für die Messe höher als sonst gewesen sein, da die ausgestellten Waffen besondere Sicherheitsmaßnahmen erforderten.

Die wirklich frühzeitigen Aktivitäten, die Mischung aus Lobbying, direktem Kontakt mit den Entscheiderinnen und Entscheidern und Protestaktionen sowie der über die Presse verstärkte politische Druck waren letztlich die Gründe für den Erfolg. Nicht nur ein kleiner Kreis von Friedensbewegten interessierte sich

plötzlich für das Thema, Medien begannen, auch eigene kritische Recherchen anzustellen: Ein Aussteller der Itec bestätigte etwa gegenüber einer Reporterin, dass es für die auf der Messe ausgestellten Simulatoren tatsächlich kaum zivile Anwendungsmöglichkeiten gebe und der militärische Anteil auf der Messe in den letzten Jahren weiter gewachsen sei. Eine Boulevardzeitung hatte wiederum die lokalen Feuerwehren befragt, ob sie auch auf der Messe in Stuttgart seien: Diese verneinten klar. Insgesamt war die Berichterstattung über die Protes-



Foto: Michael Schulze von Glaßer

te größer und positiver als die über die Itec selbst: Es gab Zeitungs-, Radio- und Fernsehberichte, und sogar die internationale Presse informierte sich.

Die Itec 2019 soll in Stockholm stattfinden – die dortigen Friedensorganisationen wurden bereits informiert. Und auch für eine mögliche Itec im Jahr 2022 in einer deutschen Messehalle wurde schon Sorge getragen: Mehrere bundesweit aktive Friedensgruppen – darunter die DFG-VK – haben einen gemeinsamen Brief an die größeren deutschen Messegesellschaften geschickt und sie davor gewarnt, sich die Itec ins Haus zu holen. Die Rüstungsmesse soll nirgends Räume finden.

Katharina Müller ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis, Michael Schulze von Glaßer ist Politischer Geschäftsführer der DFG-VK. <<

13 Tage, 1162 Kilometer, 80 Etappen

Der Staffellauf „Frieden geht!“ gegen Rüstungsexporte von Oberndorf nach Berlin

Von Theresa Bachmann

Nach 13 Tagen und über 1000 zurückgelegten Kilometern ist der Staffellauf „Frieden geht!“ mit einer Abschlussveranstaltung in Berlin beendet worden. Ein breites Bündnis aus 18 Trägerorganisationen – neben der DFG-VK beteiligten sich beispielsweise die IPPNW, Attac, die Naturfreunde und die Evangelische Landeskirche in Baden – hatte sich gebildet, um ge-

meinsam ein Zeichen zu setzen gegen deutsche Rüstungsexporte. Ein Zeichen, das es in dieser Form in Deutschland noch nicht gegeben hat.

Zwei Jahre Vorbereitungen waren vonnöten gewesen, um die Idee des Staffellaufs in die Praxis umzusetzen. Mit zwei Hauptamtlichen, Sarah Gräber und Max Weber, und unterteilt in sechs Arbeitsgruppen, starteten die Planungen zu Strecke, Begleitteam, Kontakt zu Behörden, Pressearbeit und vielem mehr.

Am 21. Mai dann der Start: Vor den Toren Heckler und Kochs, einem der größten Exporteure von Handfeuerwaffen Deutschlands, setzte sich der Tross in Oberndorf am Neckar in Bewegung.

Vielfalt ist wohl eines der Schlagwörter, mit dem die Tage des Laufes am treffendsten beschrieben werden können. Zwar galt

es, einen ambitionierten Tagesplan einzuhalten. Doch war mit Geh-, Jogging-, (Halb-)Marathon- und Radstrecken für jede*n etwas mit dabei. Dementsprechend bunt gemischt war die Teilnehmer*innengruppe: Von Geher*innen mit Kinderwagen bis zu Profiläufer*innen haben alle zusammen eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Rüstungsexporte aus Deutschland in ganz verschiedenen Teilen der Gesellschaft auf Interesse – und Ablehnung – stoßen. Tatsächlich lässt sich der Mehrwert von „Frieden geht!“ auch daraus ableiten, dass sich viele hunderte Menschen beteiligt haben, die nicht in der klassischen Friedensbewegung aktiv sind. Über Aktionen wie den Staffellauf können also auch ganz neue Gruppen mit friedenspolitischen Themen erreicht werden.

Dass nicht nur Vielfalt, sondern auch der Gedanke der Inklusion eine wichtige Rolle spielt, zeigt ein ganz besonderes Beispiel auf der knapp zehn Kilometer langen Gehstrecke von Helsa nach Hessisch-Lichtenau, nahe der Grenze zu Thüringen. Eingehakt mit einem weiteren Geher kam auch ein 82-jähriger blinder Teilnehmer aus Bremen sehr zufrieden am Etappenziel an. Menschlich bewegende Erlebnisse wie dieses sind ein wichtiger Teil von „Frieden geht!“ und unterstreichen, wie sehr versucht wurde, allen Interessierten die Teilnahme am Lauf zu ermöglichen.

Die Strecke von Oberndorf am Neckar im Schwarzwald bis in die deutsche Bundeshauptstadt führte auf den 1162 Kilometern durch unterschiedlichste Regionen. Großstädte wie Frankfurt, Kassel, Erfurt und Potsdam wurden genauso passiert wie kleine Dörfer in sehr ländlich geprägten Gegenden Deutschlands. Gerade dort, in Gemeinden wie Lobejün



Foto: Kappa Photo Lothar Eberhardt

oder Großwülknitz, war die Begeisterung der Menschen vor Ort besonders groß. Herzliche Empfangskomitees, überall geöffnete Türen, die große Hilfsbereitschaft und die vielen liebevoll hergerichteten Verpflegungsstationen haben dabei jede Station zu etwas Besonderem gemacht.

Für viel Motivation hat darüber hinaus auch gesorgt, dass unterwegs sehr viel Zustimmung zur Thematik des Laufes zum Ausdruck gebracht wurde. „Schön, dass etwas dagegen getan wird.“ „Ich bin auch gegen Rüstungsexporte.“ Rückmeldungen wie diese haben das Team an der Strecke erfreulicherweise während der gesamten Zeit begleitet. Sie bestätigen das Ergebnis der Umfrage, die „YouGov“ im Auftrag von „Frieden geht!“ durchgeführt hat, wonach sich fast zwei Drittel der Deutschen (64 Prozent) grundsätzlich gegen einen Verkauf von Waffen und anderen Rüstungsgütern an andere Staaten aussprechen.

Alle Beteiligten – ob als Teilnehmer*innen oder Teammitglied – nehmen viele, oftmals sehr beeindruckende Erinnerungen aus diesen Tagen mit. Nach dem Auftakt in Oberndorf wurde die letzte Tagesetappe an Tag drei, von Ettlingen bis nach Karlsruhe, oft als einer der Höhepunkte genannt: Anstelle der erwarteten 50 Läufer*innen waren es letztlich 150 Teilnehmer*innen, die in Begleitung der Polizei den Staffelstab zum badischen Landestheater brachten und für einen gelungenen Tagesabschluss sorgten. Ein anderes Beispiel ist das bereits erwähnte hessische Helsa, wo kurzerhand der gesamte Kindergarten mobilisiert wurde, um den ankommenden Läufer*innen einen ganz besonders begeisterten Empfang zu bereiten.

Vor dem Erfurter Dom wiederum übernahm es der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow, die Teilnehmer*innen bei ihrer Ankunft in der Landeshauptstadt willkommen zu heißen bzw. die nächste Gruppe auf die Strecke zu schicken. Zielort an diesem Tag neun war Jena. Die dortige

Abschlussveranstaltung war gleichzeitig einer der größten Höhepunkte auf der Strecke, für Läufer*innen wie für die Mitglieder des Begleiteams.

Ein buntes Friedensfest vor der Stadtkirche mit Big Band und Kurzvorträgen erregte auch unter Passant*innen große Aufmerksamkeit. Auf ihren letzten Metern in die Stadt hinein wurden die Läufer*innen musikalisch von einer Jugend-Samba-Gruppe unterstützt, so dass der Zieleinlauf regelrechten Umzugscharakter bekam und in einer enthusiastischen Begrüßung am Kirchplatz endete. »

FRIEDEN GEHT!

» Erlebnisse wie diese waren unentbehrlich, insbesondere für das Begleitteam. In wechselnder Besetzung waren zwischen neun und dreizehn Helfer*innen damit beschäftigt, den Lauf und die vor Ort anfallenden Aufgaben sowie auftauchende Fragen und Probleme zu beantworten bzw. zu lösen. Fröhlich – oft ab fünf Uhr – begannen die Vorbereitungen für die erste Tagesetappe, die letzten Absprachen für den folgenden Tag wurden bis spät in der Nacht getroffen. Die Organisation von Verpflegungsstationen für die Läufer*innen, Karten-

und sehr viel Unterstützung bis nach Berlin getragen.

Die Ankunft in Berlin, mit der viele Hoffnungen verbunden waren, ist daher auch als krönender Abschluss nach zwei Wochen Höchstleistung zu verstehen. Einerseits noch einmal mit einem enormen organisatorischen Aufwand verbunden, wurde der Finaltag 13 andererseits zweifelsohne zum großen Höhepunkt des Laufes. Der letzte Halbmarathon von der Glienicke-Brücke in Potsdam bis zum Berliner Breitscheidplatz wurde hervorragend von der Polizei abgesichert, die

Bühne umfunktioniert wurde, leistete das Kulturmobil von Beginn an einen äußerst wertvollen und durch die Bank als sehr positiv bewerteten Beitrag zum Gelingen des Laufes.

Im Anschluss an die Kundgebung auf dem Breitscheidplatz setzte sich der Demozug durch die Berliner Innenstadt in Richtung Reichstag in Bewegung. Unterwegs wurden Zwischenstopps am Verteidigungsministerium und am Potsdamer Platz eingelegt.

Gut 1000 Menschen waren dem Aufruf gefolgt und beteiligten sich an der Abschlussdemonstration. Mit buntem Protest, Musik und Redebeiträgen, u.a. von Jürgen Grässlin, dem südafrikanischen Rüstungskritiker Andrew Feinstein sowie dem „Frieden geht!“-Schirmherr und früherem UN-Vizegeneralsekretär Graf Sponeck, endeten 13 Tage Staffellauf quer durch Deutschland vor dem Paul-Lönbe-Haus neben dem Reichstag.

Einige Tage später wurde bei einem Treffen mit Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses des Bundestags der Staffellauf übergeben, um die Volksvertreter*innen auch auf direktem Weg zur Umsetzung der politischen Forderungen des Laufes aufzufordern.

Was also bleibt nach „Frieden geht!“?

Zunächst einmal noch einiges an Arbeit. Die finanzielle Endabrechnung steht noch aus, ebenso wie die Auswertungstreffen. In den nächsten Wochen werden hierfür sowohl der Koordinierungs-Kreis als auch die Regionalverantwortlichen und das Begleitteam zusammenkommen. Dabei werden nicht nur positive Erfahrungen ausgetauscht, sondern insbesondere diskutiert werden, was für eventuelle Neuauflagen verbessert bzw. (stärker) beachtet werden müsste. Nicht zuletzt gilt es, die Dokumentation des Laufes – in Bildern bzw. Videos wie in Schriftform – voranzutreiben.

Darin steckt implizit schon die Frage nach dem Ausblick, der bereits auf der Strecke des Öfteren thematisiert



Foto: Kappa Photo/Lohar Eberhardt

material, Navigationsgeräten für die Begleitradfahrer*innen, Fragen zum Streckenverlauf, die ständige Überwachung des Wetters, der Kontakt mit Polizei, Regionalverantwortlichen und den lokalen Medien etc. haben die 13 Staffellauf-Tage das Begleitteam oft an – teilweise auch über – persönliche Grenzen gehen lassen. Chronischer Schlafmangel, überraschende Zwischenfälle, Zeitdruck und die permanent erforderliche Aufmerksamkeit für anstehende Aufgaben waren so manches Mal nur schwer vereinbar. Dank der vielen großen wie kleinen positiven Erfahrungen, Momente und Gespräche wurde das Team aber trotz aller Schwierigkeiten von unglaublicher Motivation und Einsatzbereitschaft

Straßen abgesperrt, so dass die letzten Meter über den Kurfürstendamm bis zur Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche unvergesslich wurden: Die Begeisterung und das große Interesse lagen förmlich greifbar in der Luft, und die Freude verdrängte den größten Teil der Anspannung der vorhergehenden Tage und Wochen.

Zu einem besonderen Erlebnis machte der Zieleinlauf auch die Begrüßung der Läufer*innen mit dem „Frieden geht!“-Song des Kulturmobil-Teams. Bereits auf der Strecke hatte das eigens für den Lauf komponierte und schnell zum Ohrwurm avancierte Lied für viel gute Stimmung gesorgt. In einem eigenen Fahrzeug, das in den größeren Städten zur mobilen

wurde. Vielfach wurde der Wunsch nach einem zweiten Staffellauf im nächsten Jahr geäußert, teilweise sogar schon konkrete Mitarbeit angeboten. Und auch wenn es für konkrete Antworten hinsichtlich möglicher künftiger Läufe noch zu früh sein mag,

so ist eines doch sicher: Frieden geht weiter.

Theresa Bachmann hat einen Bachelor in Lateinamerikastudien, ab September wird sie im Masterstudiengang Friedens- und Konfliktforschung

in Canterbury und Marburg studieren. Als Praktikantin beim DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg war sie im Begleittteam von „Frieden geht!“. Derzeit beschäftigt sie sich u.a. mit der Auswertung und Dokumentation des Staffellaufes. <<

Nicht nur dabei, sondern mittendrin

Das Engagement der DFG-VK beim „Frieden geht!“-Staffellauf

Von Sarah Gräber

Eine deutliche Mehrheit der Deutschen lehnt den Export von Rüstungsgütern in andere Länder ab. Und trotzdem ist der Druck auf die Politik bislang nicht groß genug, um etwas daran zu ändern. „Frieden geht!“ hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppierungen zu mobilisieren, um gemeinsam ein deutliches Zeichen zu setzen und etwas zu bewegen. Und tatsächlich beteiligten sich nicht nur Menschen, die sich sowieso friedenspolitisch engagieren, sondern auch Sportler, Kulturschaffende wie Musiker und Künstler sowie die Kirchen an diesem einzigartigen Projekt, ob als Läufer oder Mitorganisatoren.

Gemeinsam mit 17 anderen Trägerorganisationen hat sich die DFG-VK für das Gelingen des Staffellaufs eingesetzt. Ihr kam dabei eine besondere Rolle zu, wenn man bedenkt, dass die Initiatorin, Gisela Konrad-Vöhringer, Mitglied der DFG-VK ist und dass der Name „Frieden geht!“ auf die Idee von Roland Blach, DFG-VK-Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg, zurückgeht. Außerdem wurde ein großer Teil der Vorbereitung und Koordination in der DFG-VK-Geschäftsstelle in Stuttgart geleistet. Und nicht zuletzt war Benno Fuchs, Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis, die gesamten 13 Tage als Begleitfahrer mit dem DFG-VK-Bulli an der Strecke dabei und half beim Versorgen der Läufer mit Essen und Getränken sowie beim Verkaufen und Verteilen der T-Shirts.

Aber nicht nur personell, sondern auch finanziell konnte sich die DFG-VK dank ihrer Mitglieder an der Umsetzung des Laufes beteiligen. An dieser Stelle möchte ich mich gerne persönlich ganz herzlich für Eure großzügigen Spenden bedanken, die es mir ermöglicht haben, dieses Projekt so intensiv über ein Jahr lang zu begleiten. Es ist also nicht übertrieben zu sagen, dass „Frieden geht!“ ohne die DFG-VK nicht stattgefunden hätte. Und wenn Ihr mich fragt: Es hat sich definitiv gelohnt!

Zahlreiche, zum Teil überregionale, Medien haben über „Frieden geht!“ und damit über die Rüstungsexportpraxis der Bundesregierung berichtet. Sowohl Zeitungen als auch Fernsehen und Radio haben uns Beachtung geschenkt. Am Ende waren mehr als doppelt so viele Läufer dabei, wie vorher angemeldet waren. Aus den Gesprächen zwischen den Teilnehmern und Helfern vor Ort haben sich zahlreiche interessante Kontakte und sogar einige neue Freundschaften ergeben. Und bis heute, über einen Monat nach der Ankunft in Berlin, erreichen uns immer noch Nachrichten von Leuten, die begeistert sind von dem Projekt und sich wünschen, dass es in irgendeiner Form fortgesetzt wird.

Außerdem war es tatsächlich möglich, unseren Staffelnstab an die Politik zu übergeben. Uli Freese (SPD), Alexander Ulrich (Die Linke) und Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen) vom Wirtschaftsausschuss sowie Dr. Gesine Löttsch (Die Linke) vom Haus-

haltsausschuss des Bundestages nahmen ihn mitsamt unseren Forderungen und einer Resolution entgegen.

„Die Zeit ist reif für neue Sicherheitskonzepte“, heißt es in der Resolution, die sich an alle Bundestagsabgeordneten sowie an Bundeskanzlerin Angela Merkel und die dem Bundessicherheitsrat angehörenden Minister wendet. „Frieden und weltweite Sicherheit sind nur mit der Stärkung des Völkerrechts und Initiativen zur Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, mit Entwicklungsförderung und internationaler Zusammenarbeit möglich. Nachhaltige zivile Sicherheit verlangt Mut, die Militarisierung der Politik zu überwinden“.

Natürlich haben wir unser Ziel noch nicht erreicht. Es muss jetzt darauf aufgebaut werden, was wir erreicht haben. Wir dürfen nicht riskieren, dass das Thema wieder in Vergessenheit gerät. Aber ein starker Anfang ist auf jeden Fall gemacht.

Im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU/CSU zugesagt, die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 noch in diesem Jahr zu „schärfen“ und damit auf die veränderten Gegebenheiten zu reagieren. Die DFG-VK und die anderen Trägerorganisationen werden die Politiker an ihren Taten messen. Der Protest gegen Rüstungsexporte geht weiter!

Sarah Gräber hat für die DFG-VK den Staffellauf „Frieden geht!“ hauptamtlich vorbereitet. <<

Google und das Pentagon

Keine zivil-militärische Zusammenarbeit und Forderung nach ethischen Standards

Von Cornelia Mannewitz

Erstaunliches ging Anfang Juni durch die Medien: Google-Mitarbeiter verweigern sich der Zusammenarbeit mit dem Militär! Der Hintergrund: Die US-Drohnen über Feindesland, die Menschen, Autos, Gebäude und Waffen aufspüren und Ziele für Angriffe klarmachen sollen, machen noch immer viel zu viele Fehler. 40 Prozent ihrer Einschätzungen sind falsch. Da sollte Google mit seinem Know-how für Künstliche Intelligenz (KI) ins Spiel kommen. Der Name des Projekts ist „Maven“ (deutsch etwa „Experte“). Es geht um automatische Bilderkennung für zunächst 38 Klassen von Objekten. Google hat Software dafür entwickelt und passt sie nun den Bedürfnissen der Armee an.

Immerhin, scheinbar ein löbliches Ansinnen des Militärs - Kollateralschäden vermeiden! Trotzdem bleiben Drohnen ein Instrument der Kriegführung. Das müssen sich auch die Google-Mitarbeiter gedacht haben. Ein Dutzend von ihnen kündigte. 4000 unterschrieben eine Petition der Tech-Workers-Coalition an den Chef von Alphabet Inc., der Holding, unter deren „Dach“ sich auch Google befindet; ein Papier, das der Zusammenarbeit von Hightech-Firmen und dem Geschäft des Krieges („business of war“) eine Absage erteilt und ethische Standards fordert. Mehr als tausend Forscher aus verschiedenen Ländern unterzeichneten einen offenen Brief, in dem Google und Alphabet aufgefordert werden, zusammen mit anderen auf einen internationalen Vertrag über ein Verbot autonomer Waffensysteme hinzuwirken.

Google begegnet dieser Kritik mit der Behauptung, die Technologie solle nur Bilder für die Prüfung durch den Menschen vormarkieren, dadurch die Prüfer vor besonders ermüdender Ar-

beit bewahren und letztlich Leben retten. Nun ja. Hinter den Kulissen soll man sich darüber ausgetauscht haben, wie fürchterlich der Aufstand der Mitarbeiter für das Unternehmen gewesen sei, zumal Google seinen Einstieg bei „Maven“ eigentlich als Türöffner für weitere Kooperationen mit Militär und Geheimdiensten nutzen wollte. Das Engagement bei „Maven“ sollte ohne Genehmigung des Unternehmens nicht öffentlich gemacht werden. Das hat, wie man sieht, nicht ganz geklappt. Man will den Vertrag zu „Maven“ mit seinem Auslaufen 2019 nun eben nicht verlängern.

Google verfolgt ja aber auch noch andere Projekte: Seine smarte Jeansjacke, die per eingebauter Smartphone-Steuerung SMS versendet und die Uhrzeit ansagt, kann man in den USA schon kaufen. Ihr Entwickler arbeitete früher, was Wunder, bei der militärischen Forschungsbehörde Darpa. (Von da ist es nicht weit zu dem Funkgerät, das Soldaten in Afghanistan auf ihren Zähnen tragen sollen und dessen Klang über ihre Knochen übertragen wird. Dieses Gerät entwickelt das Pentagon allerdings nicht zusammen mit Google, sondern mit einem Startup.) Oder: Kürzlich wurde die Google-interne Idee öffentlich, jedem Menschen eine Art umfassender und dabei höchst individueller Lebenshilfe anzubieten - natürlich auf der Grundlage der Daten, die Google über ihn gesammelt hat. Die besten Entscheidungen, die Google für ihn trifft, sollen in ein kollektives Gedächtnis eingehen, mit dessen Hilfe irgendwann die großen Menschheitsprobleme gelöst werden sollen. Neben solchen Allmachtsphantasien nimmt sich ein bisschen Präzisionsschießen mit Drohnen geradezu ärmlich aus.

Abersind nun wenigstens die Google-Mitarbeiter die Guten? Teils teils.

Die Petition der Tech-Workers-Coalition argumentiert auch mit dem Wohl des Unternehmens: Solche Verträge beschädigten das Vertrauen der Nutzer. Wer kündigt, wird anderswo vermutlich mit Kussband genommen, denn KI-Spezialisten sind so begehrt, dass die Konzerne in den USA mittlerweile die entsprechenden Professoren von den Eliteuniversitäten abwerben, was die Hochschullandschaft beschädigt, die Forschungsziele verflacht und bald zu Problemen bei der Ausbildung des Nachwuchses führen wird. Irgendwann werden die Konzerne selbst ausbilden müssen. Einstweilen betreibt Google das Modell „Google-Campus“. Der nächste soll in Berlin-Kreuzberg eröffnet werden. Dort vermutet Google offenbar die Atmosphäre von Unkonventionalität, Ideenreichtum und Interesse an Investoren für Startups, die nur noch mit professionellem Networking und technischer Infrastruktur unteretzt werden muss, um perspektivisch in den weiteren Ausbau von Google einzufließen. Gentrifizierung des Viertels ist inklusive. Mehrere Berliner Initiativen machen bereits dagegen mobil.

Gesellschaftspolitisch ist Google auf einem konservativen Weg.

Das Unternehmen sponsert die Conservative Political Action Conference (CPAC), ein jährlich stattfindendes Treffen konservativer amerikanischer Politiker und Aktivisten, die Hälfte von ihnen noch in jugendlichem Alter, und betreibt eine mangelhafte Diversitypolitik. Ein ehemaliger Top-Manager bei Google (jetzt bei Alphabet Inc.) ist zurzeit Chef des „Defense Innovation Board“, das die US-Armee bei der Einführung von Hochtechnologien unterstützt. Solche Dinge mögen dazu beitragen, dass sich Mitarbeiter in dieser Firma nicht mehr wohlfühlen. „Ich war

nicht glücklich damit, meine Bedenken nur intern zu äußern“, wird einer der Mitarbeiter zitiert, die bei Google gekündigt haben; „das deutlichste Statement, das ich abgeben konnte, war, zu gehen.“

Und auch das Pentagon hat viel vor; unter anderem, für bis zu zehn Milliarden Dollar eine Cloud-Struktur aufzubauen, über die mittelfristig das gesamte US-Militär mitsamt Menschen, Waffen und Material vernetzt sein soll. Klar, dass das für IT-Konzerne ein interessanter Auftrag ist. Google scheint sich aktuell aber zurückzuhalten, vielleicht wegen seiner jüngsten Erfahrungen mit Kritik.

Das Ganze gehört natürlich in einen größeren Zusammenhang: den der Zusammenarbeit zwischen Forschung und Militär generell.

In Deutschland sieht es mit der Vereinnahmung wissenschaftlicher Er-

kenntnisse durch das Militär nicht besser aus. Verteidigungsministerium und private Rüstungsfirmen vergeben jährlich Aufträge an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, in Einzelfällen im Wert von über einer Million Euro. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse der Nachwuchswissenschaftler in Deutschland begünstigen das sogar noch: Sie sind eine andere Basis für freie Entscheidungen über Gehen oder Bleiben, als Google-Mitarbeiter oder Angestellte in High-Tech-Unternehmen sie haben. Aber fast alle Wissenschaftler müssen heute mit Ambivalenzen der Nutzung ihrer Arbeitsergebnisse leben – oder zum Beispiel in der Zivilklausel-Diskussion aktiv werden. Die Wirtschaft jedenfalls leistet sich mitunter durchaus klare Ansagen: Die Firma German Bionic Systems in Augsburg, die Exoskelette produziert, lehnt Aufträge des Militärs ab.

Schüler können dieses Bewusstsein meist noch nicht haben. Deshalb werden sie besonders clever rekrutiert: die jüngeren mit Abenteuerspielen im Feldlager und die älteren eben mit Freiräumen für wissenschaftliche Kreativität. Ein aktuelles Beispiel aus Rostock: Drei Rostocker Gymnasiasten haben beim bundesweiten Wettbewerb „Jugend forscht“ im Bereich Geo- und Raumwissenschaften mit einem Verfahren zum Recyceln von Kunststoff auf der internationalen Raumstation ISS den Sieg davongetragen. Zum Lohn erhielten sie nicht nur lobende Worte von Airbus, sondern auch Stipendienangebote für eine Universität der Bundeswehr. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt.

Cornelia Mannewitz ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. ‹‹

Die Satzung der DFG-VK wird überarbeitet

Bei der Diskussion über die Kündigung des Arbeitsvertrages mit dem damaligen Politischen Geschäftsführer Monty Schädel im letzten Jahr wurde deutlich, dass die Satzung der DFG-VK an einigen Stellen unklar und ungenau und insbesondere, was die Abgrenzung der Kompetenzen der Gremien des Bundesverbands angeht, teilweise widersprüchlich ist. Um solche Probleme zukünftig zu vermeiden, sollte die Satzung einer gründlichen Prüfung und Überarbeitung unterzogen werden.

Der Bundeskongress im letzten November hat deshalb einen Beirat berufen, der dem nächsten ordentlichen Bundeskongress im kommenden Jahr einen entscheidungsreifen Vorschlag für eine überarbeitete Satzung der DFG-VK als satzungsändernden Antrag vorlegen soll.

Diesem Beirat gehören an: Ralf Fischer (Nordrhein-Westfalen), Bernhard Kusche (Bayern), Cornelia Mannewitz (Mecklenburg-Vorpommern), Christoph Neeb (Bundeskassierer), Stefan Philipp (Baden-Württemberg),

Michael Schulze von Glaßer (Politischer Geschäftsführer) und Joachim Schramm (NRW).

Nach der Vorgabe des Bundeskongresses soll an der demokratischen Struktur der DFG-VK in Form des hierarchischen Aufbaus mit Bundeskongress, Bundesausschuss und BundessprecherInnenkreis festgehalten werden. In einer überarbeiteten Satzung sollen insbesondere die Kompetenzen dieser Gremien klar und widerspruchsfrei geregelt sein. Außerdem soll die Frage geklärt werden, ob und wie Wahlfunktionen kompatibel sind mit einer Tätigkeit als bezahlte/r MitarbeiterIn des Bundesverbandes und wie gegebenenfalls Arbeitsverträge zu gestalten sind.

Gründlich zu diskutieren – und dann zu entscheiden – wird sicherlich die Frage sein, welcher Stellenwert Effektivität („Die richtigen Dinge tun“) und Effizienz („Die Dinge richtig tun“) in einer basisdemokratischen Organisation wie der DFG-VK, in der die Gliederungen eine große Autonomie haben, bei den Strukturen zukommt.

Bisher ist der BundessprecherInnenkreis als ein kollektives Führungsgremium, in dem sämtliche Mitglieder gleichberechtigt sind, angelegt. Das entspricht der Pluralität und inhaltlichen Breite der DFG-VK und ermöglicht tendenziell große Partizipation.

Auch der Bundesausschuss als gemeinsames höchstes Entscheidungsorgan von BSK und VertreterInnen der Landesverbände ist auf Mitbeteiligung angelegt.

Das führt in der Praxis häufig zu mühsamen und langwierigen Entscheidungsprozessen. Aber gerade in Zeiten des Neoliberalismus, in denen sich alles nur noch um Vermarktung, Effizienzsteigerung und Schnelligkeit zu drehen scheint und gründliches Nachdenken, transparente Prozesse und breit getragene Entscheidungen nichts wert zu sein scheinen, sollte ein Verband wie die DFG-VK, der sich für Gewaltfreiheit und eine friedlichere Welt einsetzt, auch bei seinen Strukturen nicht den Zweck die Mittel heiligen lassen.

Stefan Philipp

Gegen Kampf-Drohnen bei der Bundeswehr

Einzigartig in der Nato: Deutsches Parlament muss rechtlich und ethisch prüfen

Von Elsa Rassbach

Schon im Sommer 2012 verkündete das Verteidigungsministerium die Absicht, bis 2014/15 die Bundeswehr mit gemieteten Kampfdrohnen auszustatten und längerfristig an einer eigenen, europäischen Drohne zu arbeiten. „Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten“, meinte der damalige Verteidigungsminister und Christdemokrat de Mazière.

Erst nach einer sechsjährigen Auseinandersetzung mit einer engagierten, hartnäckigen und relativ breit getragenen Bewegung gegen Kampfdrohnen hierzulande konnte das Verteidigungsministerium den ersten Schritt in den Drohnenkrieg machen. Am 14. Juni wurde ein neunjähriger Leasingvertrag mit der Firma Airbus für fünf bewaffnungsfähige israelische Drohnen des Typs Heron TP und zwei Simulatoren unterzeichnet.



Foto: DFG-VK Flensburg

Protest gegen Drohnenkrieg in Jagel

Die Auseinandersetzung über die Bewaffnung der neuen Drohnen steht noch bevor. Wie im Koalitionsvertrag vom März 2018 festgelegt, darf die Bundeswehr die teuren neuen Heron TPs zunächst nur als Aufklärungsdrohnen einsetzen, so, wie sie die geleaste und viel preiswertere nichtbewaffnungsfähigen Drohnen des Typs Heron 1 seit 2010 in Afghanistan und seit 2014 in Mali verwendet.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist der Widerstand in Deutschland gegen die Kampfdrohnen-Beschaffung ohnegleichen gewesen. In den letzten zwölf Jahren haben Großbritannien, Italien, Frankreich, Spanien, Holland und Belgien bewaffnungsfähige bzw. bewaffnete US-Drohnen ohne größere öffentliche Debatten bestellt

Die CIA hatte schon während der Amtszeit von Präsident Clinton heimlich mit der Bewaffnung von Drohnen für „Terroristenbekämpfung“ experimentiert. Die USA waren das erste Land, das Kampfdrohnen anschaffte und zum Töten einzusetzte, seit 2001 in Afghanistan. Der US-Drohnenkrieg ist jedoch erst 2009 durch den zivilen Ungehorsam einer kleinen Gruppe von US-Pazifist*innen in die Öffentlichkeit gebracht worden. Danach entwickelte sich in den USA eine intensive Widerstandsbewegung, die durch Recherchen von führenden NGOs in den USA und in Europa unterstützt wurde. 2010 kritisierte der Sonderberichterstatter der Uno die „gezielten“ Tötungen der USA durch Drohnen.

Vor diesem Hintergrund gab es in Deutschland gleich nach Verkündung der Drohnenkriegs-Ambitionen 2012 auch in den Leitmedien eine kritische Diskussion. Darauf aufbauend haben die DFG-VK und etwa 150 weitere Organisationen im März 2013 das Netzwerk „Drohnen-Kampagne“ gegründet und den Appell „Keine Kampfdrohnen!“ unterstützt, den auch etwa 30000 Menschen unterzeichnet haben. Die Linke und die Grünen sowie einige bekannte SPD-Persönlichkeiten haben damals den Appell mitunterzeichnet.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist der Widerstand in Deutschland gegen die Kampfdrohnen-Beschaffung ohnegleichen gewesen. In den letzten zwölf Jahren haben Großbritannien, Italien, Frankreich, Spanien, Holland und Belgien bewaffnungsfähige bzw. bewaffnete US-Drohnen ohne größere öffentliche Debatten bestellt

In mehreren SPD-Orts- und Landesverbänden wuchs in den folgenden Jahren der Widerstand gegen das Waffensystem. Die SPD-Führung positionierte sich zwar in der Wahlkampagne von 2013 gegen Kampfdrohnen, jedoch unterstützten führende SPD-Verteidigungspolitiker*innen spätestens ab Anfang 2016 das Projekt einer „Euro-Drohne“ und die Einführung der Heron TP Drohnen als „Übergangslösung“. Nach einer zweimonatigen intensiven Lobby-Kampagne aus der Friedensbewegung gegen Ende der letzten Legislaturperiode hat die SPD-Fraktion im Juni 2017 dann überraschend die Unterzeichnung eines Leasingvertrages für die Heron TP Drohnen mit der Begründung abgelehnt, dass die Munition und die dazu gehörenden Trainingsmaßnahmen für die Bundeswehr schon mitgekauft werden sollten. Im Wahlkampf 2017 äußerte sich die SPD nochmals kritisch zu Kampfdrohnen.

Während der Koalitionsverhandlungen haben Kampfdrohnen-Gegner*innen erneut eine intensive Lobby- und Öffentlichkeitskampagne lanciert. Sie argumentierten, dass es sinnlos und verschwenderisch wäre, bewaffnungsfähige Drohnen anzuschaffen bevor die seit 2013 vorgesehene gesellschaftliche und parlamentarische Debatte über die grundsätzliche Frage der Bewaffnung stattgefunden hatte.

In einem Kompromiss zwischen Union und SPD im aktuellen Koalitionsvertrag wurde das Leasen der Heron TP Drohnen festgelegt, aber ähnlich wie im Koalitionsvertrag von 2013 wurde nochmals versprochen: „Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert entscheiden. Hierzu wird die Bundesregierung eine geson-

derte Vorlage erstellen und dem Deutschen Bundestag zuleiten. Vor einer zukünftigen Beschaffung von bewaffnungsfertigen Drohnen sind die konzeptionellen Grundlagen für deren Einsatz zu schaffen“.

In den Bundestagsausschüssen für Verteidigung und Haushalt am 13. Juni bewilligte die Koalition ein Leasing der Heron TP Drohnen für 1.2 Milliarden Euro als Teil der massiven Erhöhung des Militärhaushalts. Noch mehr muss später für die Einsatzkosten der teuren Drohnen bezahlt werden. Linke und Grüne stimmten gegen die Vorlage. Die FDP enthielt sich der Stimme, und die AfD stimmte gegen die Vorlage: Beide Fraktionen sagten, dass sie nur einer schon bewaffneten Drohne zustimmen wollten.

Die Koalitionspartner legten fest, dass vorläufig keine Munition für die Heron TP gekauft werden darf und dass keine Waffenausbildung für Bundeswehrpersonal mit den Heron TP Drohnen stattfinden darf.

Die Anordnung einer ethischen und rechtlichen Prüfung des neuen Waffensystems durch die regierenden Parteien in Deutschland ist unter

den Nato-Mitgliedstaaten einzigartig. Sie bietet eventuell eine Möglichkeit für die schon lange benötigte internationale Expertenanhörung und gesellschaftliche und parlamentarische Debatten über den Einsatz von bewaffneten Drohnen, was besonders in Europa eine internationale Ausstrahlung haben könnte. Es besteht jedoch durchaus auch eine Gefahr, dass das Verteidigungsministerium einen Anlass findet, um die Bewaffnung schnell durchzuschieben und „die Würdigung“ dementsprechend als ein oberflächliches Durchwinken zu gestalten.

Um dieser Gefahr entgegen zu wirken, müssen wir unser Nein zu einer Bewaffnung der Drohnen weiterhin durch Veranstaltungen und Aktionen aktiv in die Öffentlichkeit tragen und die Lobbyarbeit fortsetzen. Für die neue Situation sind neue Anregungen und neue Diskussionen in der Friedensbewegung nötig. Eine neue Aktionsplanung ist für den Herbst anvisiert.

Elsa Rassbach vertritt die DFG-VK bei der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein: Kein Drohnenkrieg!“ (www.ramstein-kampagne.eu). <<

20 Aktionswochen in Büchel

Interview mit DFG-VK-Aktivistin Marion Küpker

Am 26. März 2018 startete die Aktionspräsenz der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ mit einer Mahnwache um 2 Minuten vor 12 – ein Symbol für die Zeitspanne, auf die der Zeiger der „Doomsday Clock“, der Weltuntergangsuhr der US-Zeitschrift „Bulletin of the Atomic Scientists“ Anfang des Jahres vorgerückt ist. Bis zum Jahrestag des Abwurfs der US-Atombombe auf Nagasaki am 9. August 1945 dauern die 20-wöchigen Proteste am Atomwaffen-Stützpunkt Büchel. DFG-VK Mitglied Ariane Dettloff sprach mit deren Koordinatorin Marion Küpker.

Du bist seit 1996 als Mitgründerin der „Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen“ am Standort Büchel in der Eifel engagiert. In welcher Situation finden die Widerstands-Aktionen in Büchel dieses Jahr statt?

Die atomaren Gefahren sind seit der Existenz von Atombomben, spätestens seit dem Kalten Krieg, unser Alltag, mittlerweile mit über 16000 nuklearen Sprengköpfen. Zugleich basiert die Logik unseres kapitalistischen Weltwirtschaftssystems auf Wachstum, die auch das enorme Wachstum der Rüstungsproduktion antreibt – ob- >>

Wie weiter im kolumbianischen Friedensprozess?

Der 2016 zwischen der kolumbianischen Regierung und der marxistischen Farc (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) geschlossene Friedensvertrag hat einen 55-jährigen Bürgerkrieg zwischen den reichen Eliten und der Guerilla vorläufig beendet. Die Bevölkerung war eine Geisel der Polarisierung. Friedensgemeinden versuchten, sich den Bedrängnissen der militärischen Gruppen zu entziehen. KDV-Organisationen, mit denen die DFG-VK innerhalb der War Resisters' International (WRI) kooperiert, finden in allen bewaffneten Gruppen einen Militarismus vor, den sie ablehnen.

Der Friedensvertrag entwaffnete die Farc und versprach ihr Amnestie und Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Wenn der Mitte Juni gewählte neue – und rechte – Präsident Iván Duque den Friedensvertrag in Frage stellt, dann macht er die Ruhe zunichte, die notwendig ist, um den Friedensprozess im Sinne der Bearbeitung der Konfliktursachen anzugehen, v.a. Landreformen und Auflösung der rechten Paramilitärs.

Was gibt Hoffnung? • Die internationale Gemeinschaft unterstützt den Friedenspfad. • Die Zivilgesellschaft arbeitet an den Konfliktursachen – und benötigt unseren physischen Schutz, z.B. durch PBI (Peace Brigades International) und andere. • Die 42 Prozent Stimmen für den linken Präsidentschaftskandidaten Gustavo Petro zeigen, dass viele am Friedensprozess festhalten wollen.

2019 soll die WRI-Ratskonferenz in Kolumbien stattfinden. Dort können wir der kolumbianischen Friedensbewegung unsere Solidarität zeigen. Und von ihrer Kreativität und ihrer Kompetenz lernen.

Stephan Brües ist (seit 1986) DFG-VK-Mitglied, Ko-Vorsitzender des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV) und Vertreter des BSV bei der WRI.

» wohl allein 20 Atombomben reichen, um die nördliche Welthälfte über viele Jahre in den „nuklearen Winter“ zu katapultieren und dauerhaft zu verseuchen.

Was tut die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei jetzt! – in den 20 Aktionswochen 2018 gegen diese Gefahr? Und wer macht mit?

Bisher haben wir über 200 Selbstverpflichtungen von Menschen, die in den kommenden Jahren mindestens einmal zu Aktionen Zivilen Ungehorsams nach Büchel kommen wollen. 800 weitere nehmen sporadisch teil und solidarisieren sich öffentlich mit unseren Aktionen. Sie gehören unterschiedlichen Gruppen an, kirchlichen und säkularen, in- und ausländischen Friedensinitiativen. Aber auch Einzelpersonen sind dabei. Bis zum 9. August werden vielfältige Aktionen am Fliegerhorst Büchel den Atombetrieb stören. Wir verlangen von der Bundesregierung ein entschiedenes Engagement für Abrüstung, insbesondere Abzug statt Aufrüstung der hier stationierten US-Atomwaffen und Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags.

Auf welche historischen Ereignisse macht ihr während der Aktionspräsenz aufmerksam?

Die diesjährigen 20 Wochen gegen die 20 Atomwaffen in Büchel haben am 26. März begonnen. Das ist das Datum, an dem 2010 der Bundestag fraktionsübergreifend beschlossen hat, dass sich die Regierung mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen soll. Diesen Auftrag des Parlaments haben die Bundesregierungen bis heute nicht erfüllt. Stattdessen haben sie der technischen Aufrüstung der in Büchel stationierten US-Atombomben zugestimmt. Ab 2020 sollen neue, zielgenauere Atombomben, die B61-12, in den USA produziert und voraussichtlich ab 2024 in Büchel stationiert werden.

Im aktuellen Koalitionsvertrag steht, Deutschland solle „auch künftig einen angemessenen Beitrag zum Erhalt der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses ... leisten.“ Das heißt: Deutschland setzt weiterhin auf atomare Abschreckung und die Option eines nuklearen Erstschlages!

Welche weiteren Daten sind für die Kampagne von Bedeutung?

Ein besonderes Datum ist für uns der 9. Juli, weil sich dann das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag von 1996 über die Völkerrechtswidrigkeit eines Einsatzes, aber auch der Drohung mit Atomwaffen jährt.

Dies ist auch der Flaggentag an den Rathäusern der „BürgermeisterInnen für den Frieden“. Dazu gehören weltweit 7578 „Mayors for Peace“. Die meisten gibt es mit 1732 Städten in Japan, danach folgt der Iran mit 997 Städten, drittplatziert ist Deutschland mit 552 Städten. Diese Organisation wurde 1982 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima Takeshi Araki gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeister für das Leben ihrer Bürger verantwortlich sind, versuchen die „Mayors for Peace“, die Atomwaffengefahr einzudämmen.

Im Kriegsfall werden die in Büchel stationierten circa 20 US-Atombomben von deutschen Piloten mit deutschen Militärflugzeugen ins Ziel geflogen. Die in Büchel stationierten Bundeswehr-Soldaten sind täglich auf einen solchen Einsatz vorbereitet; sie üben ihn regelmäßig.

Diese Konstruktion der „Nuklearen Teilhabe“ widerspricht allerdings dem Atomwaffensperrvertrag (NPT = Non Proliferation Treaty). Er verbietet Deutschland die Annahme von Atomwaffen und den USA umgekehrt deren Bereitstellung.

Was ist das Ziel der 20 Aktionswochen 2018 am Atomwaffenstandort Büchel?

Am 7. Juli vor einem Jahr haben 122 Staaten der Vereinten Nationen den Atomwaffen-Verbotsvertrag beschlossen. Danach sollen die Atomwaffen zukünftig genauso geächtet sein wie die Bio- und Chemiewaffen. Der Vertrag wurde mittlerweile von 59 Staaten unterzeichnet und von zehn Staaten ratifiziert. Die deutsche Bundesregierung verweigert allerdings dessen Unterzeichnung – wie alle anderen Nato-Staaten auch,

Die Organisation Ican (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) und unsere Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei jetzt!“ arbeiten daran, dass möglichst viele deutsche Abgeordnete öffentlich ihre Befürwortung des Verbotsvertrags erklären. Die Regierung soll unter Druck gesetzt werden, dem Vertrag beizutreten.

Was hat sich gegenüber den Aktionen in den Vorjahren verändert?

Die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei jetzt!“ hat als Mitglied des Ican-Netzwerkes 2017 auch den Friedensnobelpreis erhalten. Das hat uns mehr Aufmerksamkeit und neue MitstreiterInnen gebracht. Auch regional hat sich das ausgewirkt. Erstmals erhielten wir zum Karnevalsumzug an der Mosel lokale Unterstützung. Ein von zahlreichen Unternehmen der Region gesponserter Wagen trug die knallgelbe Aufschrift: „Wenn alles strahlt und keiner lacht, dann hat’s in Büchel BOOM gemacht!“

Die Kirche des Eifelorts Maifeld feiert dieses Jahr erneut ihr Kirchenfest am Haupttor des Fliegerhorsts Büchel in Solidarität mit unseren Protesten. Überhaupt hat die Beteiligung der Kirchen an der Aktionspräsenz zugenommen. Und wie im Vorjahr stand Pfarrer Rainer Schmid an fünf Wochentagen jeweils beim Ein- und Ausfahren der SoldatInnen mit einem großen Holzkreuz protestierend am Haupttor.

Erstmals mobilisieren zum ersten Jahrestag des Verbotsvertrages acht evangelische Landeskir-

chen mit Bussen zum Atomwaffenstützpunkt Büchel. Renke Brahm, der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, hielt einen Gottesdienst am Haupttor.

Und wie sieht die internationale Beteiligung in diesem Jahr aus?

Die US-Amerikanerin Ann Suellentrop aus Kansas City hält – in und außerhalb der Region – Vorträge. Sie ist führendes Mitglied mehrerer US-Friedensorganisationen. Ihre Ortsgruppe der Ärzte für soziale Verantwortung (PSR) kämpft gegen die verseuchten Überreste der alten und gegen die neu geplante Atomwaffenfabrik, wo Teile der Atombomben vom Typ B 61-12 produziert werden sollen, die unter anderem in Deutschland stationiert werden sollen, und zwar in Büchel!

Zur internationalen Woche werden elf US-AmerikanerInnen und ähnlich viele AktivistInnen aus Holland sowie aus Belgien, Großbritannien, Frankreich und Italien erwartet. Parallel beteiligt sich das internationale Mutlanger Jugendworkcamp mit Jugendlichen bisher aus Spanien, Mexico, Italien und Russland.

Welche herausragenden Events im Rahmen der Aktionswochen erwarten BesucherInnen sonst noch?

Vom 27. bis 29. Juli wird erstmals ein Yoga-Wochenende im Camp stattfinden, mit YogalehrerInnen verschiedener Richtungen. Bei ausreichender Beteiligung wollen wir am Sonntag den Verkehrskreis am Haupttor für die Yogapraxis absperren lassen!

Am 8. und 9. August kommt die Fastengruppe vom Internationalen Versöhnungsbund, die den Abschluss unserer 20-wöchigen Aktionspräsenz mit dem Fastenbrechen um 11:02 Uhr einleitet. Dies war die Uhrzeit des Atombombenabwurfs auf die japanische Stadt Nagasaki.

Es hat ja einige Gerichtsprozesse gegen AtomwaffengegnerInnen gegeben. Wie sind sie verlaufen?

Aktuell gab es Verfahren zu zwei Go-in-Aktionen. Im Herbst 2016 waren neun Personen, junge Aktive aus dem JunepA-Netzwerk (Jugendnetzwerk für politische Aktion) mit älteren FreundInnen, in die Militärbasis eingedrungen, um auf der Start- und Landebahn den Betrieb der atomwaffenfähigen Tornados zu stören. Hier gab es in der ersten Instanz je 30 Tagessätze wegen „Hausfriedensbruchs“. Einige sind in Berufung gegangen. Sie haben die Prozesskampagne „Wider§pruch“ entwickelt, die andere Menschen ermutigen will, in Büchel aktiv zu werden und die Auseinandersetzung vor Gericht nicht zu scheuen. Sie wollen „vor Gericht die Völkerrechtswidrigkeit thematisieren“.

Gerd Büntzly, Mitglied des Aktionsorchesters „Lebenslaute“, wurde vom Amtsgericht Cochem für die nächtliche Go-in-Aktion im August 2017 wegen „Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung“ verurteilt. Gemeinsam mit vier AktivistInnen aus den USA verbrachte er über eine Stunde auf einem Hangar mit dort vermuteten Atombomben, bis die Protestierenden selbst auf sich aufmerksam machten. Drei der vier US-AktivistInnen reisen dieses Jahr wieder zur internationalen Woche an. Gemeinsam werden wir unsere weitere Prozessstrategie besprechen.

Unser Rechtshilfefonds nimmt für dieses Verfahren gerne Spenden entgegen (GAAA, Konto: DE57 4306 0967 8019 1512 00; „Prozesskosten“).

Es war das 24. Mal seit 1998, dass eine oder mehrere Personen wegen Teilnahme an einer Aktion gegen die Atombomben in Büchel auf der Anklagebank des Cochemer Gerichts Platz nehmen durften. Wegen der „Tat“-Vorwürfe Hausfriedensbruch und/oder Sachbeschädigung ist dort noch niemand freigesprochen worden. Zehn Mal waren AktivistInnen bisher wegen ihrer Teilnahme an Go-in-Aktionen in Büchel im Gefängnis. Seit über 20 Jahren gab es aber kein Bußgeld und kein Verfahren aufgrund einer Teilnahme an Blockade-Aktionen. <<

Friedensnobelpreis in der Hand

Nach über 20 Jahren Engagement konnte ich zum ersten Mal bei einer Delegationsreise zu den Vereinten Nationen teilnehmen. Es bleiben drei Tage voller vielfältiger Eindrücke und Impulse in Genf.

Angesichts der Sprachlosigkeit zwischen einzelnen Staaten und Staatengemeinschaften, dem aufkommenden Wettrüsten und gleichzeitig der Motivation durch den Vertrag zum Atomwaffenverbot ist jetzt die Zivilgesellschaft in hohem Maße gefragt. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Zusammenarbeit der über 7000 Mayors for Peace weltweit und der Friedensbewegung zu, auch durch die Stärkung von Partnerschaften. Und zur Überwindung der atomaren Abschreckung braucht es eine große weltweite Offensive der Friedensbildung.

Höhepunkt der Zeit in Genf war der Besuch des Ican-Büros im Weltkirchenrat. Ican-Fotograf Ralf Schlessener ermutigte mich nach der Auftaktmahnwache am Place de Nations, spontan mitzukommen, weil die Nobelpreismedaille in diesen Tagen für Fotozwecke aus dem Safe geholt sei. Und so hatte ich das Vergnügen und die Ehre, demütig und dankbar diese Auszeichnung stellvertretend für alle MitstreiterInnen in der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ und der DFG-VK in Händen halten zu dürfen. Ein überaus bewegender Moment.



Foto: Ralf Schlessener

Roland Blach ist der Vertreter der DFG-VK bei der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ und Geschäftsführer des baden-württembergischen DFG-VK-Landesverbands.

Vernetzung junger Aktiver in der DFG-VK

Workshops und Aktionen bei weiterem „Unter 35“-Treffen in Stuttgart

Von Thorge Ott

Bereits zum dritten Mal trafen sich wieder etwa 20 junge Aktive der DFG-VK im Rahmen des sogenannten U35-Treffens. Als Ort wurde dieses Mal Stuttgart ausgewählt – und das aus gutem Grund. Wenige Tage nach diesem Vernetzungstreffen fand nämlich die Rüstungsmesse Itec in den örtlichen Messehallen statt (siehe dazu den Bericht auf Seite 18 in dieser Ausgabe).

Die Itec (International Forum for the Military Simulation, Training & Education Community) ist eine Militär- und Waffentechnikmesse, welche jährlich an wechselnden Orten in Europa stattfindet. Mehr als hundert Rüstungsunternehmen verkaufen dort Software, Rüstungs- und Kriegssimulatoren sowie diverse andere High-Tech an ein internationales Fachpublikum. Das Morden auf den Schlachtfeldern dieser Welt kann damit detailgetreu simuliert und einstudiert werden.

Aus diesem Grund gab es am Wochenende vor Beginn der Messe – parallel zum Vernetzungstreffen der jungen Aktiven unter 35 Jahren – Proteste unter dem Motto „ITEC Stoppen!“. An diesen beteiligten sich verschiedene pazifistische und antimilitaristische Organisationen sowie Parteien und andere Verbände.

Gestartet war das Treffen am Freitagabend mit einem lockeren Kennenlernen im Linken Zentrum Lilo Herrmann, der Unterkunft für das gesamte Wochenende, einem Vortrag über die Itec und den Protest der vergangenen Jahre gegen diese Rüstungsmesse – die inhaltliche Einleitung für das weitere Protestwochenende – sowie letzten Vorbereitungen für die Protestaktionen.

Am nächsten Morgen machten sich die Friedensaktivist*innen früh auf, um ihren Infostand auf dem Rotenbühlplatz aufzubauen. Von dort ent-

lang der Haupteinkaufsstraße fand die sogenannte „antimilitaristische Königsstraße“ statt, bei der die verschiedenen Organisationen und Parteien auf ganz unterschiedliche und kreative Weise auf die Rüstungsmesse aufmerksam machten. Dabei wurde allerdings deutlich, dass die Passant*innen von der Itec zuvor kaum gehört hatten. Auch deshalb war das Engagement gegen die Itec so wichtig. Ihren Abschluss fand diese Aktion mit einem Die-in unter dem passenden Motto „Simulierst du noch oder tötest du schon?“ Dabei lagen Aktivist*innen mit „blutverschmierten“ T-Shirts auf dem Boden, nachdem sie zuvor von Soldat*innen mit futuristisch anmutenden High-Tech-Waffen „erschossen“ wurden.

In den darauffolgenden Tagen – insbesondere zu Beginn und während der Messe – gab es weitere Protestaktionen örtlicher Friedensaktivist*innen vor den Messehallen.

Am Nachmittag gab es dann einen Workshop zum Austausch über die Arbeit in den einzelnen Ortsgruppen der DFG-VK. Dabei wurde deutlich – was so auch schon bei vorherigen Treffen berichtet wurde –, dass einige junge Aktive keiner Ortsgruppe angehören (weil es beispielsweise gar keine gibt) oder dort die einzige junge Person sind. Gerade deshalb wurde auch dieses Vernetzungstreffen wieder als besonders positiv empfunden, um auch bisher (unfreiwillig) passiven Mitgliedern die Arbeit und das Engagement der DFG-VK näher zu bringen und die Organisation erlebbarer zu machen. Insbesondere passive Mitglieder müssen stärker motiviert werden, sich aktiv einzubringen. Denn gerade eine Organisation wie die DFG-VK lebt von vielen engagierten Menschen unterschiedlichen Alters in den örtlichen Basisgruppen.

Seinen Abschluss fand der Tag mit einem Vortrag über Adbusting, also das kreative Umgestalten von Werbeplakaten/Werbebotschaften. Insbesondere seitdem die Bundeswehr durch einen massiven, extrem teuren Werbefeldzug immer mehr Gehör im öffentlichen Raum erlangen möchte, kann Adbusting eine gute Möglichkeit sein, um kreativ auf die unerträgliche „Mach, was wirklich zählt“-Kampagnen zu reagieren.

Am letzten und dritten Tag des U35-Treffens suchten die jungen Friedensaktivist*innen die Räumlichkeiten der Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK auf, wo sie sich einen Eindruck über die Arbeit der Geschäftsstelle (z.B. Verwaltung, Mitgliederbetreuung, Materialversand) machen und zugleich auch Material mitnehmen konnten. Anschließend gab es einen Vortrag zum Thema Cyberwar. Seinen endgültigen Abschluss fand das Treffen in einer Auswertungsrunde des Wochenendes: Allen hat es sehr gut gefallen – nur ist immer viel zu wenig Zeit!

Unterm Strich war auch dieses Treffen wieder wichtig, um bereits aktive und neue junge Menschen innerhalb der DFG-VK zu binden und für die weitere Mitarbeit im Verband zu motivieren. Steigende Mitgliedszahlen, die breitere Präsenz der DFG-VK in der Öffentlichkeit sowie mehrere junge Gesichter im BundessprecherInnenkreis sind eine gute Grundlage. Auf dieser gilt es auch künftig weiter aufzubauen.

Das nächste Vernetzungstreffen wird dann im Oktober gemeinsam mit den IPPNW-Studis und JunepA sowie internationalen Aktivist*innen in Kassel stattfinden.

Thorge Ott ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.



„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Die politischen Themen gehen uns – leider – nicht aus, das Wetter wird besser: Die DFG-VK ist so aktiv wie lange nicht! Überall finden kleinere und größere Aktionen statt. Im hohen Norden sind viele gegen den für den Mali- und Syrien-Einsatz wichtigen Bundeswehr-Fliegerhorst Jagel/Schleswig aktiv, in Berlin war kürzlich der Kauf von Kampfdrohnen durch die Bundesregierung Thema von Protesten, im rheinland-pfälzischen Büchel sind wieder viele Friedensbewegte gegen Atomwaffen aktiv und in Bayern hat die Friedensradtour wieder unzählige Leute mit unseren Forderungen erreicht. Auch beim „Tag der Bundeswehr“ gab es in diesem Jahr so viele Aktionen wie noch nie: An 14 der 16 Standorte wurden kritische Informationen zur Armee, ihren Einsätzen und dem Versuch neue Rekrutinnen und Rekruten zu werben, gegeben.

Und bei dem, was wir machen, sind wir durchaus erfolgreich: In Stuttgart haben umfassende Proteste inklusive einer 56-stündigen Mahnwache zum Abzug einer Rüstungsmesse aus der Stadt geführt (siehe Artikel Seite XX). Und mit dem „Frieden geht!“-Staffellauf gegen Rüstungsexporte haben wir nicht nur unglaublich viele Menschen erreicht, sondern den Druck auf die Bundesregierung und die Rüstungsindustrie weiter erhöht: Rüstungsexporte werden immer schwerer durchführbar. Die Organisatorinnen und Organisatoren und besonders auch das Team im Begleittross von „Frieden geht!“ haben dabei Unglaubliches geleistet. Es ist dieses vor allem auch ehrenamtliche Engagement, welches viele Aktionen erst ermöglicht. Dabei ist es immer wieder bewundernswert und gar nicht hoch genug zu loben, wie engagiert die Mitglieder der DFG-VK sind!

Leute erreichen. Ich sage es ganz ehrlich: Was „Frieden geht!“, den Staffellauf gegen Rüstungsexporte angeht, war ich lange Zeit skeptisch.

Dass der Lauf klappen würde, daran hatte ich bei dem Organisations-Team keine Bedenken. Aber so viele finanzielle Ressourcen und Kräfte investieren, um einen Staffellauf zu organisieren? Wäre es nicht sinnvoller, etwas Direktes gegen Rüstungsexporte zu unternehmen?

Ich wurde eines Besseren belehrt: Zwar ist es wirklich ein Bogen, eine Sportveranstaltung zu organisieren, um ein politisches Ziel zu erreichen – und bei „Frieden geht!“ sogar einer von 1100 Kilometern Länge –, doch konnte man dadurch sehr viele Menschen mitnehmen und Aufmerksamkeit gewinnen. Etwas, das man durch „harte Politik“ nur schwer erreicht. So konnten wir in Kassel, wo ich wohne und wo auch „Frieden geht!“ Station gemacht hat, beispielsweise endlich engeren Kontakt zu den Kirchen bekommen, der nun auch über den Staffellauf hinaus anhält: Auch zum Antikriegstag soll nun eine gemeinsame Aktion organisiert werden.

Was nehme ich also neben den tollen Erinnerungen von „Frieden geht!“ mit?

Wir sollten uns der Wirkung unserer Forderungen gegenüber den Menschen, die wir erreichen und ja auch überzeugen wollen, immer bewusst sein und uns auch in ihre Lebenswelt hineinversetzen. Es gilt, nicht immer mit der Tür ins Haus zu fallen: Man kann die Menschen auch mit zunächst eher seichten Forderungen an die Maximalforderung heranführen. Dies gilt für Aktionen ebenso.

Doch auch wenn wir sie nicht radikal nach außen tragen, dürfen wir unsere pazifistisch-antimilitaristischen Positionen eben nie aufweichen.

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.

Kontakt: svg@dfg-vk.de



Hürden im Verbandsbetrieb. Die nach außen sichtbare DFG-VK-Arbeit ist aber auch nur ein Teil: Damit „der Betrieb läuft“, findet auch hinter den Kulissen immer viel – teils aufwändige – Arbeit statt.

Als die Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) im vergangenen Jahr Tausende von Euro von uns haben wollte, da sie ihr Ausschüttungssystem für Autorinnen und Autoren auch der *Civil Courage* ändern musste, war damit eine Auseinandersetzung erforderlich. Auch die neue Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union verlangte unser Handeln, und bei unseren – ehrenamtlich aktiven – Datenschutz-Leuten rauchten die Köpfe. Auch unsere zum Großteil vermietete Immobilie in Velbert – unsere ehemalige Bundesgeschäftsstelle – steht nicht einfach nur so da und wirft Geld ab, sondern braucht Betreuung. Unser – ebenfalls ehrenamtlicher – Bundeskassierer Christoph Neeb schlägt sich nicht nur Wochenenden mit Kontobuchungen um die Ohren, sondern kümmert sich auch noch um die Immobilie und hat sie gut im Griff. Und dann ist da natürlich noch unsere Verwaltung: Eine funktionierende Mitgliederverwaltung ist die Basis eines Verbands wie des unseren. Daher ist es auch gut, dass Susanne Jallow in unserer Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart jetzt auf kleiner Basis Unterstützung bekommt. Dann wird es allerdings noch enger in unseren Räumlichkeiten in der Werastraße 10. Müssen wir etwa umziehen? Die Ideen, Diskussionen und Pläne gehen uns nicht aus – und das ist gut so: Willkommen Zukunft! <<

Global betrachtet

Kriegsprofiteure sowie die weltweite Militarisierung der Grenzen

Von David Scheuing

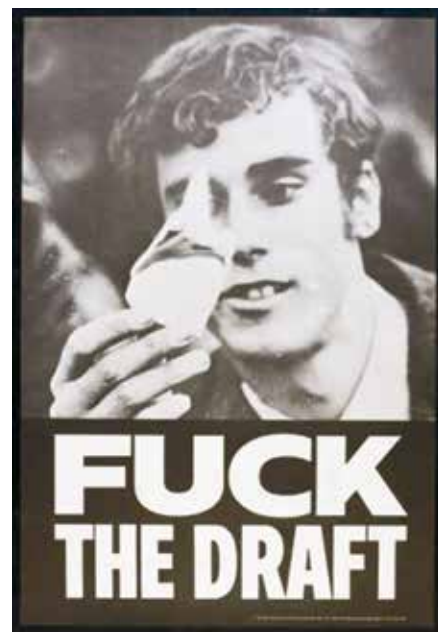
Militarisierungen der Grenzen – jenseits von Europa. Grenzen werden weltweit neu und weiter fortifiziert, poliziert und allgemein zum Bestandteil eines stark gesamtgesellschaftlich verankerten Grenzsicherheitsdiskurses. In den Vereinigten Staaten ebenso wie an Europas Grenzen. Warum die Analyse und Kritik von Grenzregimen auch für die Friedensbewegung wichtig sind und wie Strategien des Widerstands und der grenzüberschreitenden Solidarität funktionieren können, zeigt Eduardo „Lalo“ Garcia in seinem Vortrag für War Resisters League (<https://www.facebook.com/resistwar/videos/1818506958170180>). Wer sich in dieser Hinsicht weiter mit den Folgen der US-amerikanischen Grenzpolitik beschäftigen will, der/dem sei die Webinarreihe der School of the Americas Watch von 2017 empfohlen (<http://www.soaw.org/border/webinar-series>).

Wer sich dazu dann den Fortschritt der europäischen Grenz militarisierung genauer anschauen will, dem/

der sei die Studie „Expanding the fortress“ von Mark Akkerman (<https://www.wri-irg.org/en/story/2018/expanding-fortress-new-report-exposes-firms-profiting-eu-border-militarisation> bzw. <https://www.tni.org/en/publication/expanding-the-fortress>) empfohlen.

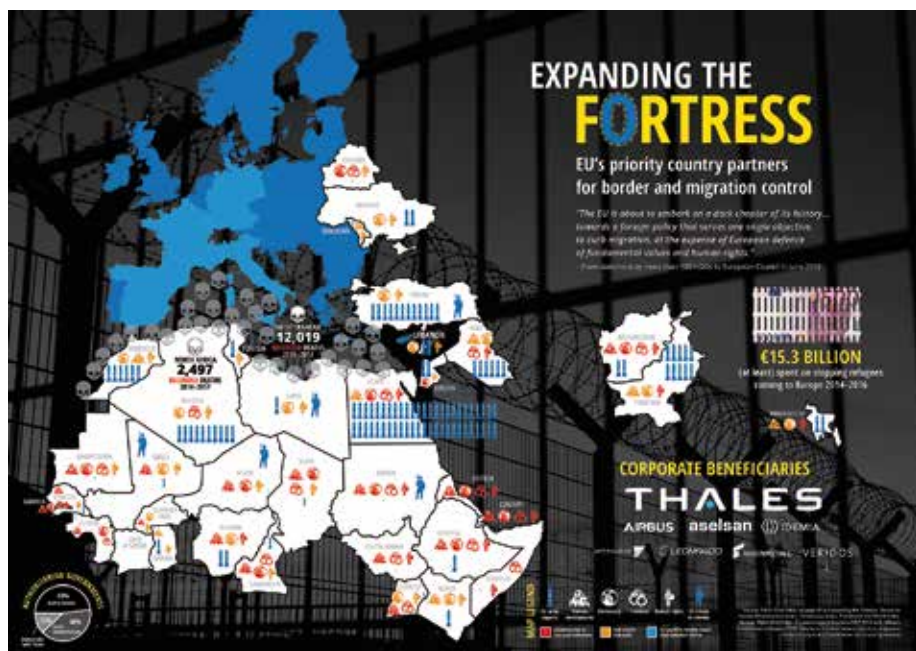
Akkerman zeichnet darin die systematische Beteiligung von Rüstungsfirmen an der Aufrüstung der europäischen Grenzexternalisierung nach: Nicht nur Rheinmetall und Thales gehören zu den europäischen Profiteuren der Lieferungen an außereuropäische Drittstaaten – anschaulich illustriert von untenstehender Graphik (vgl. für ähnliche Argumente auch Christoph Marischka im IMI-Ausdruck 6-2017, S. 34 f., <http://www.imi-online.de/download/Ausdruck-87-Dezember-2017-Web.pdf>)

Mehr Argumente und Länderbeispiele sind auch in der Ausgabe 103 des „Zerbrochenen Gewehrs“ der WRI gesammelt: <https://www.wri-irg.org/en/publication/broken-rifle/103/broken-rifle>



Kriegsdienstverweigerungen und Totalverweigerungen weltweit: In den letzten Monaten sind uns aus einigen Ländern gute Nachrichten zu Ohren gekommen. Im Mai wurde Mattan Helman (<https://www.wri-irg.org/en/programmes/rrtk/conscientious-objector/2017/mattan-helman>) nach wiederholter Haft wegen Verweigerung nun unehrenhaft aus der Armee entlassen. So fröhlich der Erfolg stimmt, so gravierend können die gesellschaftlichen Folgen für einzelne Verweigernde sein, wenn sie durch Militär als „unehrenhaft“ gebrandmarkt werden. Warum das eine Rolle spielt? Weil wir transnationale Solidarität bilden müssen in Unterstützungsnetzwerken, um nicht die Einzelnen ohne Unterstützung den Folgen auszusetzen und sie in ihrem Widerstand zu unterstützen.

Ganz ähnlich gelagerte Solidarität brauchen auch unsere Mitstreitenden in der Türkei: Derzeit wird gegen Merve Arkun, Vorsitzende der Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer*innen in der Türkei, ermittelt. Ihr wird vorgeworfen, vor über zwei Jah-



ren auf einer Veranstaltung in Diyarbakir Propaganda für eine terroristische Organisation verbreitet zu haben. Im damals verbreiteten Statement hatte die Organisation dazu aufgerufen, die fortschreitende Militarisierung der Stadt nicht zuzulassen, und hatte auf die hohen menschlichen und ökologischen Folgen der Militärpräsenz in den kurdischen Städten hingewiesen. Dass jetzt eine Untersuchung eingeleitet wird, zeigt, wie stark die derzeitige Regierung in der Türkei auf Repression und Einschüchterung setzt. Unterstützt Merve! (<https://www.wri-irg.org/en/story/2018/turkey-investigation-against-conscientious-objection-association-co-chair-merve-arkun>)



Verfolgte Merve Arkun

Und entgegen allen Hoffnungen nimmt in den USA die Diskussion um eine Fortsetzung bzw. Vertiefung der Rekrutierung durch zwangsweise Einberufung an Fahrt auf. Eine „Federal Commission“ soll der Frage nachgehen, ob die Einberufung bzw. die Registrierung für eine solche Einberufung auch auf Frauen ausgedehnt werden soll und wie mit dem bisherigen System umgegangen werden soll. Die Anhörungen dazu laufen bis September 2018. Manche Mitstreiter*innen sehen dies tatsächlich auch als eine willkommene Chance an, genügend Argumente vorzubringen, um die Kriegspflicht und ihre (technischen) Systeme endgültig zu einem Ende zu bringen. Eine gute Dokumentation und Argumentationsbeispiele finden sich hier: <https://hasbrouck.org/draft/commission.html>. Unsere Freund*innen von WRL formulieren dies so: <https://www.warresisters.org/conscientious-objection-human-right>

Diese und viele weitere Fälle brauchen weltweit unsere Aufmerksamkeit. Wenn euch Fälle zu Ohren kommen – leitet sie an mich und an die WRI weiter, so dass wir Aufmerksamkeit schaffen können.

Kriegsprofiteure beschämen: wer wo wie produziert, profitiert, pervertiert. Die Frage nach der „Kriegsgewinnlerschaft“ ist weder neu, noch unerkundet. Aber uns allen helfen möglichst einfach zugängliche Ressourcen über die einzelnen Produktionsketten und ihre Akteure für unseren Aktivismus. Hier seien uns und euch allen die Ressourcen der WRI dazu ans Herz gelegt. Sie sind zu finden unter: <https://www.wri-irg.org/en/programmes/war-profiteer-companies>

Viele alte Bekannte werden euch aus dem Handbuch zur DSEI 2017 in London (https://www.wri-irg.org/sites/default/files/public_files/2017-09/Design%20internet%20version.pdf) oder zur Eurosatory 2018 in Paris (<https://www.wri-irg.org/fr/article/2018/que-profite-eurosatory>) anschreiben. Derlei Ressourcen stehen für unsere Argumentationen, Aktionen und schriftlichen Einwände zur Verfügung – eine wertvolle Ergänzung zu deutschsprachigen Rüstungsatlanten.

Erneut notiert:

Weitgehend gewaltfreie Proteste in Armenien heben neuen Premierminister ins Amt. In der letzten Ausgabe der *ZivilCourage* notierte ich, dass die Situation der KriegsdienstgegnerInnen in Armenien schwierig sei. In der Zwischenzeit haben Massenproteste (deren Ursprung und Organisation für manche immer noch spannend sind – <https://bit.ly/2MoxlB8>) eine neue Regierung gewaltfrei ins Amt gebracht. Ob dies an der Situation

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International



(WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *ZivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

der KriegsdienstgegnerInnen etwas ändern wird?

Deutsche Bank will aus dem Atomwaffengeschäft aussteigen.

Die Deutsche Bank hat eine Richtlinie veröffentlicht, in der sie sich aus dem Geschäft mit „kontroversen“ Waffen zurückziehen will (https://www.db.com/newsroom_news/2018/deutsche-bank-verschaerft-richtlinie-zu-umstrittenen-waffen-de-11582.htm). Ob und inwieweit dem Taten folgen werden, muss sich erst noch zeigen. Ein ermutigendes Zeichen ist es – nicht nur für den weltweiten Abrüstungsprozess. <<



Ican-Aktion vor der Deutschen Bank

Aus der Gewaltspirale ausbrechen

Die Aktualität vieler Einsichten Bertha von Suttners 175 Jahre nach ihrer Geburt

Von Guido Grünewald

Bertha von Suttner wurde am 9. Juni vor 175 Jahren geboren. Guido Grünewald war für die DFG-VK und die Bertha-von-Suttner-Stiftung sowie in seiner Eigenschaft als Friedenshistoriker bei der Geburtstagsfeier in Den Haag dabei.

Den Haag ist ein geeigneter Ort für eine Erinnerung an Bertha von Suttner, denn er hatte für sie eine besondere Bedeutung. Einerseits als Projektionsstätte ihrer Hoffnungen und Sehnsucht: „Zur Staette, wo der Frieden geboren werden soll!“, schrieb sie am 15. Mai 1899 vor ihrer Reise zur 1. Haager Friedenskonferenz überschwänglich in ihr Tagebuch. Andererseits als Ort zweier Friedenskonferenzen und Sitz des ersten Schiedshofes im Vredespaleis, der vom schottischen Stahlmagnaten und sozial- wie friedenspolitisch engagierten Philanthropen Andrew Carnegie finanziert wurde und heute zusätzlich den Internationalen Gerichtshof als oberstes Rechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen beherbergt. Bertha von Suttner, die mit Carnegie in Verbindung stand und von ihm finanziell unterstützt wurde, war zur Eröffnung 1913 des Friedenspalastes eingeladen.



Internationale Gäste vor dem Friedenspalast in Den Haag

Es war ein ganzer Strauß an Aktivitäten, die Petra Keppler, Leiterin des kürzlich in Den Haag gegründeten privaten Bertha-von-Suttner-Frie-

densinstituts, neben der Geburtstagsfeier auf die Beine gestellt hatte: u.a. ein Seminar „Friends of Bertha“, einen Vortrag im Friedenspalast von Peter van den Dungen (m.E. der kenntnisreichste lebende Historiker europäischer Friedensgeschichte und -aktivitäten), einen von diesem geführten Spaziergang zu Friedensstätten in Den Haag sowie zwei Theateraufführungen. Die österreichische Schauspielerin und Historikerin Anita Zieher schlüpfte in die Rolle einer wiederbelebten Bertha von Suttner und gab in einem Interview sowie im Dialog mit dem Publikum Auskunft über ihre Meinung zur heutigen Lage und daraus folgenden Handlungsanforderungen. Finanziell und teilweise auch personell unterstützt wurden die Veranstaltungen von der österreichischen Botschaft in Den Haag, der niederländischen Carnegie-Stiftung und der Bibliothek des Friedenspalastes. Grußbotschaften sandten u.a. die Bürgermeister von Den Haag und Prag, der französische Präsident Macron und der Präsident des Europaparlaments Antonio Tajani.

Eine epochale Gestalt wie Bertha von Suttner fasziniert heute noch KünstlerInnen: Anlässlich der Feier wurden zwei neue Suttner-Büsten enthüllt, ein US-Schriftsteller berichtete von seinem Projekt eines Romans über Suttner, ein Audiobuch des Wiener Musikproduzenten Stefan Frankenberger mit Musik und Texten Suttners (gelesen von österreichischen Soldaten) wurde vorgestellt.

Mit Susanne Jalka und anderen hat Frankenberger die „Friedensbim“ ins Leben gerufen, die mit Musik, Literatur und Handlungsanregungen mehrere Stunden kostenlos durch

die zentralen Ringstraßen Wiens rollt; im April 2018 fuhr die von den Verkehrsbetrieben zur Verfügung gestellte „Bim“, wie die Straßenbahn in Wien genannt wird, zum vierten Mal seit 2014.

Berichtet wurde auch über die Aufstellung einer Büste 2017 in Graz durch den karitativen Verein „Mutter Teresa“ sowie 2013 einer Stele auf dem Bertha-von-Suttner-Platz in Bonn auf Initiative des Frauennetzwerks für Frieden. Auf dessen Webseiten findet mensch eine innovative Einheit „Lernen mit Bertha“, in der ausführlich die Themen Bertha von Suttner, der Friedensnobelpreis und die Zusammenhänge von Gewalt, Frieden und Konflikt aufbereitet sind. Die iranische Grafikdesignerin Behnaz Monfared (sie hat u.a. eine Ausstellung von Antikriegsplakaten im Teheraner Friedensmuseum organisiert) bemüht sich, die Person und Botschaft Bertha von Suttners im Iran bekannt zu machen, indem sie Suttners Porträt und ausgewählte Zitate auf Postern mit traditionellen iranischen Mustern anbringt. In Tiflis, wo Suttner von 1882 bis 84 mit ihrem Mann lebte, wollen AktivistInnen das leer stehende Haus von damals erwerben und in eine Gedenkstätte und ein Zentrum für Friedensaktivitäten in Georgien und im Kaukasus verwandeln.

In Den Haag war Suttner weitgehend vergessen; erst private Initiativen (u.a. von Eveline Blitz) führten im August 2013 zur Enthüllung einer Büste im Friedenspalast anlässlich der 100-Jahr-Feier seiner Eröffnung und zu einer Text-Comic-Serie in einem Lokalblatt, die inzwischen als Büchlein (Bertha von Suttner at the Cradle of World Peace) vorliegt.

Ähnlich war es in Norwegen, der Heimat Alfred Nobels. Ein Buch der

Journalistin und Schauspielerin Anne Simensen über die Beziehung zwischen Bertha von Suttner und Alfred Nobel sowie die Entstehung des Friedensnobelpreises (2012; eine englische Version erschien 2018) sowie Lesungen und eine Ausstellung haben das ein wenig verändert.

Zu entdecken bleibt Suttner u.a. in Russland, obwohl ihr Roman „Die Waffen nieder!“ und weitere ihrer Publikationen im Russland vor 1914 durchaus rezipiert wurden und sie vielfältige Kontakte zu namhaften russischen Persönlichkeiten hatte, die mit dem Friedensgedanken sympathisierten. Nachzulesen ist das in der 2012 erschienen kenntnisreichen Studie „Bertha von Suttner und Russland“ von Valentin Belentschikow, einer gründliche Überarbeitung seiner 1974 in Leningrad angefertigten Dissertation.

Bertha von Suttner war eine Frau voller Lebensfreude, gebildet, stets neugierig und offen für neue Erkenntnisse und gleichzeitig eine disziplinierte Arbeiterin. Sie vereinte in sich Visionen mit nüchterner Analyse gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen und sie lebte mit Widersprüchen: hier die rastlose Aktivistin, die ihr Leben buchstäblich der einen Sache widmete, dort die Baroness, die sich ihrer gesellschaftlichen Herkunft durchaus bewusst war und Wert auf entsprechende Lebensumstände legte. Suttner hat sich den Brüchen und Erschütterungen in ihrem Leben (z.B. die Zurückweisung der jungen Bertha als niedrige Adelige durch die aristokratische Gesellschaft) gestellt und aus ihnen positive Energie für ihr persönliches Wachstum gewonnen, wie Susanne Jalka in ihrem Seminarbeitrag herausarbeitete. Frieden zu schaffen und gestalten, das erfordere die Annahme von Widersprüchen und die Transformation von Konflikten in konstruktive Energie.

Dass Bertha von Suttner auch eine begnadete Netzwerkerin war, die es verstand, eine große Zahl von Freundschaften und engeren Bekanntschaften

zu knüpfen und zu pflegen, zeigte Peter van den Dungen in seinem Vortrag „101 Friends of Bertha von Suttner“. Suttner war (modern ausgedrückt) geschickt in ihrer Selbstvermarktung und organisierte erfolgreich beträchtliche finanzielle Unterstützung für ihre Aktivitäten durch Philanthropen wie Carnegie, Nobel, den Bankier Eduard de Neufville oder den Möbelfabrikanten Alexander Fischel. Neben vielen bekannten FriedensaktivistInnen gehörten zu ihrem Netzwerk auch bekannte Politiker und Diplomaten.

Ihre zentrale Botschaft, so Peter van den Dungen, hätte Suttner heute umformuliert in „Die Nuklearwaffen nieder!“. Daran knüpfte am Nachmittag des 9. Juni Marzhan Nurzhan (Kasachstan) mit einem flammenden Appell zur Unterzeichnung des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen an, nachdem zuvor der ehemalige österreichische Präsident Heinz Fischer gesprochen hatte. Nurzhan, die u.a. das Abolition 2000 Youth Network repräsentiert und mit den ParlamentarierInnen für atomare Abrüstung arbeitet, erinnerte an die Verwüstungen und Spätfolgen der Atomtests in Semipalatsinsk in ihrem Heimatland und rief zum Handeln auf: „Ich glaube an die Kraft der Menschen, wenn sie zusammenarbeiten“.

So richtig es ist, dass von Atomwaffen eine besondere Gefährdung ausgeht und dass Bertha von Suttner in diversen Schriften (Rüstung und Überrüstung; Die Barbarisierung der Luft) vor der fortschreitenden Vernichtungswirkung moderner Waffen warnte: Ich habe Peter van den Dungen widersprochen. Die Aufforderung Suttners auf Atomwaffen zu beschränken, würde den Kern ihrer Botschaft entschärfen.

Auch wenn Bertha von Suttner Verteidigungskriege (noch) akzeptierte, ist ihre zentrale Botschaft radikal: Die Menschheit muss aus der Gewaltspirale ausbrechen, Rüstungen durch das Recht und entsprechende Institutionen ersetzen, wenn sie in Frieden und nicht im permanenten (Vor-)Kriegszustand leben will. Das ist der Stachel, den sie den Mächtigen entgegen hielt und den sie an uns weitergegeben hat. Anders ausgedrückt lautet die Botschaft: Wenn Menschen Kriege vorbereiten und führen können, können sie auch institutionelle Regelungen für nicht-militärische Konfliktbearbeitung und -vorbeugung schaffen. Peter van den Dungen nahm



Foto: Guido Grünewald

meinen Widerspruch im Gespräch positiv auf.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat zu Bertha von Suttner eine besondere Beziehung, wurde sie doch von ihr in Zusammenarbeit mit Alfred Hermann Fried 1892 gegründet. Auch für die heutige DFG-VK ist Suttner wichtig, da viele ihrer Erkenntnisse und Forderungen nach wie vor aktuell sind. Nachzulesen ist das auf der Webseite der Bertha-von-Suttner-Stiftung in meinem Beitrag zum Haager Seminar „Friends of Bertha“. (<http://bertha-von-suttner-stiftung.de/175.html>)

Frieden fördern, Steuern sparen

Informationen der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

Von H. Heinrich Häberlein

Im Jahr 2017 konnten wir uns erneut über eine große Anzahl an Spenden freuen! Viele Friedensfreund*innen sind auch der Aufforderung der DFG-VK gefolgt, die Friedensarbeit der gemeinnützigen Bertha-von-Suttner-Stiftung durch Spenden zu unterstützen. Für alle Spenden bedanken wir uns herzlich! Wir freuen uns darüber, dass die Arbeit der Stiftung gegen Krieg und Militär und für eine zivile Alternative der Konfliktbearbeitung entsprechend dem Stiftungszweck „Förderung von Wissenschaft und Kultur ... Erforschung und Überwindung von Kriegsursachen sowie mit Formen gewaltfreier Konfliktlösung“ bei so vielen Menschen Anklang gefunden hat.

Wie bekannt, war und ist es nicht Aufgabe der Stiftung, kurzfristig „Aktionen“ der DFG-VK oder der Friedensbewegung zu finanzieren, sondern die inhaltlichen Argumente für Aktivitäten zu liefern.

Das Symposium „Zukunft des politischen Pazifismus“ im Januar 2017 in Frankfurt war eine erste eigenständige Stiftungsveranstaltung. Vom historischen Rückblick auf die Visionen unserer Namensgeberin über aktuelle Anforderungen an den Pazifismus bis zur handlungsorientierten Darstellung gewaltfreier Aktionen wurde ein breites Programm geboten, dass bei den mehr als 120 Teilnehmer*innen auf große Zustimmung stieß. Die einzelnen Referate und Vor-

träge sind als Video oder PDF-Datei anzuschauen auf der Homepage des Stiftungsmitglieds DFG-VK-Bildungswerk Hessen: www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk/. Nur durch die aktive Arbeit der Freund*innen des DFG-VK-Landesverbandes Hessen, des Bildungswerkes Hessen und der DFG-VK-Gruppe Frankfurt konnte das Symposium ein Erfolg werden. Dafür bedanke ich mich im Namen des Stiftungsrates noch einmal ganz besonders herzlich!

Der von der Stiftung geförderte Gegenkongress zur Nato-„Sicherheits“-Tagung in München folgte im Februar. Unter dem Motto „Kooperation und zivile Konfliktlösung statt militärische Gewalt“ wurde ein abwechslungsreiches Programm angeboten. Im von der Stiftung unterstützten „Internationalen Forum“ referierten Expert*innen zum Thema „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg!“

Im Mai fand in Köln die Tagung „Zivile Lösungen für Syrien“ statt. Dort wurden Wege dargestellt, wie eine Umkehr von der kurzsichtigen, destruktiven Politik der militärischen Auslandseinsätze hin zu einer konstruktiven, gewaltarmen, auf zivile Konfliktbearbeitung setzende, partnerschaftliche Ausrichtung vonstattengehen kann. Zur Unterstützung der praktischen Friedensarbeit im Land unterstützt die Stiftung immer wieder die Erarbeitung von qualifizierten Hintergrundmaterialien. 2017 wurde so ein Factsheet „Bundeswehr an Schulen“ gefördert, das die DFG-VK zusammen mit der Informationsstelle Militarisierung herausgab. Die durch das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk Bayern erstellte Faltpublikation mit friedenspolitischen Hintergrundinformationen wurde ebenfalls durch die Stiftung unterstützt. Themen der Reihe

waren u.a. „Krieg – Armut – Diktatur – Flucht“ sowie „Kalter Krieg - Heißer Krieg – Abrüsten“.

Die Stiftung musste aufgrund rechtlicher Vorgaben des Finanzamtes im Stiftungsrecht einige Satzungsänderungen vornehmen. Diese wurden vorbereitet durch eine Arbeitsgruppe, von der die Vorschläge in den Stiftungsrat eingebracht wurde, die dieser mit großer Mehrheit beschloss.

Die ersten von der Stiftung unterstützten Projekte für 2018 sind bereits gelaufen, weitere in Planung. Anfang Februar wurde in München erneut eine internationale Friedenskonferenz als Gegenpol zur diesjährigen „Sicherheitskonferenz“ durchgeführt, zu deren Unterstützern die Bertha-von-Suttner-Stiftung zählte. Für den Herbst ist eine Fachtagung in Nordrhein-Westfalen geplant, die sich mit dem umstrittenen Traditionsverständnis der Bundeswehr und der Kasernen-Benennung nach NS-Militärs wie Rommel auseinandersetzt.

2018 begehen wir den 175. Geburtstag von Bertha von Suttner. Aus diesem Anlass hat der Stiftungsrat eine Projektstudie für einen „Bertha-von-Suttner-Schulpreis“ für Schulen, die den Namen der Friedensnobelpreisträgerin tragen, beschlossen. Dabei ist dort oft gar nicht bekannt, was Suttner eigentlich wollte, nämlich: „Die Waffen nieder – Nie wieder Krieg!“ Ein Wettbewerb für diese Schulen um den „Bertha-von-Suttner-Schulpreis“ soll von der Stiftung ausgeschrieben werden mit der Vorgabe, dass die Schule insgesamt oder einzelne Klassen sich in einem umfassenden Jahresprojekt mit dem Leben, den Zielen und dem Wirken Bertha von Suttners auseinandersetzen und ihre literarischen, künstlerischen, musikalischen usw. Projektergebnisse bei

Bertha-von-Suttner-Stiftung
der DFG-VK
Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund
<http://bertha-von-suttner-stiftung.de>
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
Iban: DE65 370 205 000 008 174 607
BIC: BFSWDE33XXX

der Stiftung einreichen. Der Stiftungsrat hat beschlossen, zur Umsetzung dieser Projektidee eine Arbeitsgruppe einzurichten, zu der insbesondere pädagogische und schulintern versierte Freund*innen gefragt sind. Die praktischen Aufgaben der Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Recherchen über Schulen, die den Namen Bertha von Suttner haben, Erarbeitung der Ausschreibung und Einladung an die betreffenden Schulen zum Wettbewerb, Gestaltung von Materialien, Einrichtung einer Jury zur Bewertung der Projektergebnisse usw. Bislang konnte eine solche Arbeitsgruppe (noch) nicht eingerichtet werden. Wer Interesse hat, an diesem Projekt mitzuarbeiten, meldet sich bitte bei der Stiftung. Um für die Schulen attraktive Preise auszuschreiben, benötigt die Stiftung dazu auch viele finanzielle Zuwendungen mit dem Stichwort „Bertha-von-Suttner-Schulpreis“.

Nur durch die Mithilfe vieler Freundinnen und Freunde kann die Stiftung ihre Projekte umsetzen. Dazu bieten wir verschiedene Möglichkeiten:

Wir freuen uns über jede – auch kleine – Einzelspende auf unser Konto unter dem Stichwort „Frieden 2018“.

Langfristig helfen uns Mitglieder in unserem Förderkreis: Fördermitglied der Bertha-von-Suttner-Stiftung wird, wer regelmäßig (monatlich, quartalsweise oder jährlich) einen festen Betrag per Dauerauftrag oder Lastschrift für unsere Friedensarbeit spendet.

Eine noch weiter reichende Möglichkeit zur Unterstützung der Stiftung ist die steuerbegünstigte Zustiftung. Hierbei verbleibt das Geld im Stiftungsvermögen und kann durch entsprechende Anlage langfristig für die Arbeit genutzt werden. Bei Interesse senden wir gerne Informationen über diese Unterstützungsmöglichkeit zu.

Alle Spenden an die Bertha-von-Suttner-Stiftung sind steuerlich absetzbar, Anfang 2019 senden wir eine Spendenquittung zu!

H. Heinrich Häberlein ist Vorsitzender des Stiftungsrates der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK. <<

Friedensgutachten 2018

Am 12. Juni haben die Friedensforschungsinstitute Bonn International Center for Conversion, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und Institut für Entwicklung und Frieden auf einer Veranstaltung der Linke-Bundestagsfraktion das diesjährige Friedensgutachten mit dem Titel „Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte“ vorgestellt. Auch, wenn man aus friedenspolitischer Sicht einige der Prämissen und Schlussfolgerungen des Gutachtens nicht teilt, so bietet das gemeinsame Arbeitsergebnis der vier Forschungsinstitute doch eine aktuelle Rundumsicht auf die drängendsten außenpolitischen Probleme und schlägt mögliche Exit-Strategien vor, wie die militarisierte deutsche Außenpolitik zu einer Politik des friedlichen Ausgleichs, der Armutsbekämpfung und der Diplomatie zurückfinden kann.

Eine der Kernaussagen des Gutachtens beschreibt die „bisherige deutsche Interventionspolitik“ als „bequemen Mittelweg“, „um einerseits nicht als Partei in einem Gewaltkonflikt aufzutreten ... andererseits seinen internationalen Bündnisverpflichtungen nachzukommen und seine Eigeninteressen durchzusetzen (Grenzsicherung, Terrorbekämpfung, Flüchtlingskontrolle). Friedenspolitische Erwägungen spielten dagegen eine untergeordnete Rolle.“ (S. 59) Die Erfahrung der letzten Jahre (z.B. im Irak) habe gezeigt, dass auch „Ausstattungs- und Ausbildungshilfen für ausländische Polizei- und Streitkräfte („Ertüchtigung“) allein keine Gewaltkonflikte lösen“ können (S. 55 f.).

Die Forderung nach mehr Transparenz in der Zielbeschreibung und einer systematischen, ressortübergreifenden Bilanzierung, was die „Wirksamkeit eines Militäreinsatzes“ betrifft, wird u.a. am Beispiel Afghanistan-Einsatz konkret: „Die Bundesregierung muss Kriterien für die Wirksamkeit

ihres Militäreinsatzes in Afghanistan aufstellen. Werden diese nicht erfüllt, dann sollte die Bundesregierung den militärischen Einsatz in Afghanistan schrittweise beenden“ (S. 44).

In fünf Kapiteln bearbeitet das Friedensgutachten die Themenbereiche „Kriegerischer Zerfall im Nahen und Mittleren Osten“, „Deutsche Stabilisierungspolitik auf dem Prüfstand“, „Liberal-demokratische Friedenskonzepte unter Druck“, „Aufrüstungstrends stoppen“, „Friedensarchitektur in der Krise“ und „Transnationale Sicherheitsrisiken“. Insgesamt ist das Gutachten eine hilfreiche Zusammenfassung zum Verständnis und zur Bewertung der aktuellen deutschen Außenpolitik. Obwohl der Einsatz militärischer Mittel im Grundsatz nicht in Frage gestellt wird, unterstreicht das Plädoyer der Herausgeber die Notwendigkeit, auf die aktuellen Kriege und Konflikte mit zivilen, politischen Mitteln zu reagieren:

„Europa braucht aber ein aktives Konfliktmanagement. Dazu ist ein gesamteuropäischer Diskurs notwendig, der die europäische Friedensordnung wieder auf ihre normativen Grundlagen, wie Demokratie und Menschenrechte, ausrichtet. Kurzfristig ist es allerdings notwendig, das Eskalations- und Konfliktniveau zu senken und dort mit pragmatischer Kooperation zu beginnen, wo gemeinsame Interessen vorliegen. Wir plädieren für einen Aushandlungsprozess mit langem Atem, der jetzt hilft, Krisen zu deeskalieren und der gleichzeitig Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als Elemente einer europäischen Friedensordnung stärkt. Analog zur Entspannungspolitik in Zeiten des Ost-West-Konflikts sollte dabei die OSZE eine tragende Rolle spielen.“

Zum ersten Mal haben die Herausgeber ihr Friedensgutachten auch vollständig online gestellt; es ist als Download erhältlich: <https://www.friedensgutachten.de/2018>
Kathrin Vogler ist DFG-VK-Mitglied und Linke-Bundestagsabgeordnete.

Zum Gedenken an Roland Vogt (* 17.2.1941 † 20.5.2018)

Auszüge aus der Rede bei der Gedenkfeier

Von Theodor Ebert

Ich habe Roland durch fünf Jahrzehnte seines politischen Wirkens begleitet und könnte viel erzählen. Ich will mich aber auf einen Zug seines Lebens beschränken, nämlich seinen gesamteuropäisch orientierten Pazifismus.

Das Experimentieren mit gewaltfreien Formen der Konfliktbearbeitung hat uns beide zusammengeführt und auch bis zuletzt beieinander gehalten. Zum letzten Mal haben wir miteinander und nacheinander gesprochen auf der Tagung des Bundes für Soziale Verteidigung in Braunschweig am 20. April dieses Jahres. Die Tagung galt einem kritischen Rückblick auf das dreißigjährige Jubiläum dieses pazifistischen Dachverbandes, der sich die Konversion der militärischen Abschreckungs- und Interventionspolitik zu einer zivilen, ökologisch eingepassten Sicherheitspolitik zum Ziel gesetzt hat.

Wir haben beide in Braunschweig miteinander zurückgeblickt und auch noch Perspektiven aufzuzeigen versucht. Er war ja immer noch aktiv in der Friedensakademie in Landau und in der BAG Frieden der Grünen und hat noch 2015 die Initiative „Stopp Airbase Ramstein“ in der Pfalz gegründet.

Ich bin richtig glücklich, dass ich Roland in Braunschweig die Hälfte der mir reservierten Redezeit übertragen habe. So konnte er noch einmal seinen Traum, besser gesagt seine Erwartung eines Europas ohne Armeen und von Einsätzen eines zivilen Friedensdienstes entwickeln.

Es gehört bekanntlich zur linken anarchistischen Doktrin, dass Militär und Staat zusammengehören und eine unheilige Allianz bilden. Mein Friedensforscherkollege Ekkehart Krippendorff hat diese Vorstellung in seinem Buch „Staat und Krieg.

Die historische Logik politischer Unvernunft“ entwickelt und begründet. Roland Vogt hat dagegen gehalten: Demokratische Gemeinwesen, ja regelrechte Staaten, die internationalen Gremien angehören, sich aber nicht auf Waffengewalt stützen, können als einzelne Staaten durchaus existieren und auch mit anderen Staaten international zusammenwirken. Das ist sein wichtigster Beitrag zur Politologie in kritischer Fortsetzung von Max Webers Essay „Politik als Beruf“. Verantwortungsethik mit gewaltfreien Mitteln ist möglich. Rolands Beispiel für die reale Existenz von Staaten ohne Militär – auch bei seinem letzten Vortrag in Braunschweig – war Costa Rica. Er konnte von einem persönlichen Gespräch mit dessen Präsidenten berichten.

Mir ist unsere gemeinsame Reise nach Litauen und Lettland in Erinnerung, wo zu beobachten gewesen war, wie zwei wieder erstandene Demokratien sich gegen einen sowjetischen Restaurationsversuch durch die gewaltfreie Verteidigung ihrer Parlamente behauptet hatten. Sie taten es nicht mit dem Plan, diese Methode der Verteidigungspolitik zur Sicherheitsdoktrin zu erklären. In den neuen baltischen Republiken wurde die Soziale Verteidigung aus der Not geboren, aber man darf doch fragen: Was hätte es bedeutet, wenn die baltischen Staaten aus der Not eine Tugend gemacht und der Welt vorgelebt hätten, dass es ohne Militär und ohne Nato besser geht als mit den eigentlich historisch überholten militärischen Institutionen und Apparaturen? (...)

Als die Grünen bei ihrer Gründung versprochen, dass sie Politik mit ausschließlich gewaltfreien Mitteln machen wollen, war dies ein großes Plakat, und diese Parole zog gerade die-

Am 20. Mai starb im Alter von 77 Jahren Roland Vogt – Pazifist, Politiker, (grüner) Bundestagsabgeordneter (1983 bis 1985), Mitbegründer des Bundes für Soziale Verteidigung, Fachmann für Rüstungskonversion, Mitbegründer der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“, Friedensarbeiter ... und nicht Mitglied der DFG-VK. Dennoch soll mit dem Abdruck von Auszügen aus der Rede von Theodor Ebert, emeritierter Politik-Professor, „Vater der Sozialen Verteidigung“ und 1968/69 stellvertretender VK-Vorsitzender, bei der Gedenkfeier in der Geschäftsstelle der Grünen in Berlin am 7. Juni an ihn erinnert werden – weil diese Rede viel mit der Geschichte der Friedensbewegung und auch mit der der DFG-VK zu tun hat. Theodor Ebert und Roland Vogt stehen für eine Traditionslinie und Richtung des Pazifismus, die auch von vielen in der DFG-VK geteilt wird.



jenigen an, die von der sozialdemokratischen Friedens- bzw. Aufrüstungspolitik bitter enttäuscht waren.

Doch für die neue, kleine Partei war die Frage: Ist gewaltfreie Politik nicht nur in der Opposition, sondern auch in der Regierungsmitverantwortung möglich? Uns grüne Hoffnungsträger trieb die Frage um: Wie sähe gewaltfreie Politik in einer rot-grünen Regierungskoalition aus? Wir wussten um Maos Diktum „Macht kommt aus Gewehrläufen.“ Und wir wussten: Diese Gewehrläufe zu knicken wie auf dem Emblem der Internationale der Kriegsdienstverweigerer wird sehr schwierig sein und das klappt wahrscheinlich nicht auf Anhieb. (...)

Roland Vogt hat am Otto-Suhr-Institut seine Diplomarbeit über den gewaltlosen Widerstand gegen die Okkupation der CSSR im Jahre 1968 geschrieben und verschiedene Typen der Sozialen Verteidigung herausdestilliert. Und als er dann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages saß, hat er die ihm nun gegebenen Möglichkeiten zusammen mit Petra Kelly genutzt, um in Anhörungen das vorhandene Wissen über die gewaltfreien Methoden in der Politik zu erweitern. Das erwies sich als sehr mühsam, weil das Plakatieren der gewaltfreien Konfliktaustragung in einem Wahlprogramm das eine ist, und die Kärnerarbeit des Einübens dieser Politikform das andere. Und mit dem Einüben hat es bei den Grünen ganz gewaltig gehapert. Die wenigen grünen Volksvertreter und ihre parlamentarischen Nachrücker waren mit allem Möglichen beschäftigt, nur fast gar nicht mit dem basisdemokratischen Einüben der gewaltfreien Aktion in schwierigen Situationen der Bedrohung der staatlichen Existenz und einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die meisten Grünen hatten zwar Erfahrungen in Bürgerinitiativen gesammelt, aber sie hatten keine entwickelten Vorstellungen von gewaltfreier Außen- und Sicherheitspolitik. Es fehlte an Instrumenten, an zuverlässigen Kadern. Es gab keine Trainingseinheiten für gewaltfreie Konfliktaustragung in internationalen Konflikten.

Dieses Defizit war den meisten in der Fraktion der Grünen im Bundestag nicht bewusst. Die Fraktion der Grünen hat die Ergebnisse des von Petra Kelly und Roland Vogt organisierten Hearings zur Sozialen Verteidigung – und das war das offizielle Verteidigungsprogramm der Grünen – überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Die mühsam erstellte Dokumentation des Hearings zur Sozialen Verteidigung lag ungelesen, undiskutiert und ohne operative Auswertung herum. Ein ganzer Stapel des Sonderdrucks von „Gewaltfreie Aktion“ lag auf dem Büroschrank von Petra Kelly. Es ge-

schah von Seiten der Grünen nichts, rein gar nichts zur Operationalisierung ihres Sicherheitskonzepts Soziale Verteidigung. Und als es dann ernst wurde, entdeckte Verteidigungsminister Scharping den Hufeisenplan und waren SPD und Grüne beim Bombardieren im ehemaligen Jugoslawien mit von der Partie.

Ich will dieses Verhalten jetzt nicht etikettieren oder gar die dumme Parole aufgreifen „Wer hat uns verraten! Sozialdemokraten!“ Man sollte sich vor Selbstgerechtigkeit hüten! Ganz banal gesprochen: Die Grünen hatten ein interessantes, neues Sicherheitskonzept, aber als es an die Operationalisierung ging, haben sie es vergeigt. Warum? Als Partei, als Wahlverein wussten sie nicht, wie man eine solch radikale Umstellung der Sicherheitspolitik in die Gänge bringt. Es hätte neuer Institutionen bedurft. Sicher ist nur, dass wir bei der Gründung der Grünen uns überhaupt nicht vorstellen konnten, dass bald schon unter Beteiligung der Grünen Bomben auf Serbien fallen würden.

Manche Pazifisten sind damals aus den Grünen ausgetreten wie z.B. Willi Hoss, der wegen seiner Kritik an der Okkupation der CSSR 1968 aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden war. Ihn hatte ich zu Beginn der 60er Jahre noch vergeblich für die gewaltfreie Verteidigung von Demokratien zu gewinnen versucht. Er war mein stärkster Gegenspieler im Stuttgarter Verband der Kriegsdienstverweigerer gewesen, als ich den Aufbau einer gewaltfreien Zivilarmee forderte und im Westentschenformat ausprobierte. Willi Hoss wusste wahrscheinlich, was für eine gewaltfreie Politik erforderlich ist und worauf es ankommt, wenn man eine Alternative zur herkömmlichen militärischen Sicherheitspolitik sucht. Doch er hat dann im Bundestag leider wenig dafür getan, die Soziale Verteidigung operativ aufzubauen. Zu dieser operativen Umsetzung war in den Schriften zur Sozialen Verteidigung wenig zu finden. »

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2018 im 45. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: UWS Papier und Druck in Kooperation mit Druckhaus Stil, Tränkestraße 7, 70597 Stuttgart, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail uws@druckhaus-stil.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der ZivilCourage im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 16. Juli. Die nächste Ausgabe erscheint im Herbst, Redaktionsschluss ist der 3. September.

» Die Friedensbewegung machte sich insgesamt nicht auf den steinigen, langen Marsch, sondern hoffte nach dem Ende des Warschauer Paktes auf einen kurzen Weg zur „Bundesrepublik ohne Armee“ und zum Austritt aus der Nato. In Braunschweig habe ich kürzlich ironisch diesen ersten Jahren nach der Wende nachgerufen: „BoA! BoA! Halleluja!“ Militär und Rüstung wurden zwar reduziert, aber die militärische Sicherheitsstruktur blieb erhalten.

Gewitzt durch diese Erfahrung

wurde dann durch einen Zusammenschluss pazifistischer Organisationen im März 1988 der Bund für Soziale Verteidigung gegründet, dessen Vorsitzender Roland Vogt dann mehrere Jahre war. Ausdauer war eine seiner wichtigsten Tugenden.

Ihm war klar, dass die gewaltfreie Alternative zum Militär trainiert werden muss und dass die Instrumente einer gewaltfreien Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen werden müssen. Auf diesem Felde war zu wenig geschehen. Und als die Grünen vom Bundeskanzler Schröder mit der Vertrauensfrage erpresst wurden, wagten sie nicht, zum Angriffskrieg auf Serbien von vornherein nein zu sagen und erforderlichenfalls aus der Regierung auszuscheiden und noch einmal von vorn anzufangen.

Roland Vogt blieb bei seinem Nein und geriet innerparteilich ins Abseits. Man hätte erwarten können, dass auch er wie andere enttäuschte Pazifisten aus der Partei Bündnis 90/ Die Grünen austreten würde. Er hat die Rechtfertigungen der neuen belizistischen Politik der Realos überhaupt nicht akzeptiert, aber er war insofern ein selbstkritischer Realo, dass er zwar sah, welche günstigen Gelegenheiten nach dem Ende des Warschauer Paktes verpasst worden waren, aber er hat eben auch nicht verdrängt, dass es seit der Gründung der Grünen noch nicht gelungen war, die gewaltfreie Alternative so zu entwickeln, dass sie auf Abruf einsetz-

bar gewesen wäre. Es war etwas Entscheidendes versäumt worden. Als gelernter Politologe wusste er auch, dass eine Umstellung der deutschen Sicherheitspolitik auf Soziale Verteidigung nur basisdemokratisch und ohne parlamentarischen Rückhalt und ohne das Handhaben regierungspolitischer Hebel nicht zum Erfolg kommen konnte.

Darum musste er beim Kriegführen nicht mitmachen. Er protestierte gegen die Bomben im Kosovokrieg, aber er trat nicht aus der Partei aus.

Wenn man die Alternative noch nicht im Griff hat, darf man den Zugriff auch nicht einfach aufgeben und verärgert loslassen.

Roland Vogt blieb also dabei und suchte Einfluss und fing bei den Brandenburger Grünen noch einmal ganz von vorne an und erwarb als Wessi ohne „Buschzulage“ im Osten Vertrauen. Er agierte auf drei Ebenen, in Bürgerinitiativen, in der Partei und direkt – und das war neu – auf der staatlichen Ebene, indem er sich mit großen Erfolg der Konversion der von den Russen aufgegebenen militärischen Liegenschaften zuwandte. Einen solchen Fachmann konnte man in Brandenburg brauchen und er gewann Ansehen bei allen Brandenburger Parteien. Alle dankten ihm und ehrten ihn, als er in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Brenzlig wurde es im Laufe seiner Amtszeit und beim Konversionsprogramm, als durch die Bundeswehr ein Teil dieser ehemals sowjetischen Liegenschaften in der Küritz-Ruppiner Heide als Testgelände für künftige Luftkriegsmanöver genutzt werden sollte. Und da war dann der Friedensarbeiter Roland Vogt mit seinen Erfahrungen aus dem Widerstand gegen das AKW in Wyhl wieder auf dem Posten und an der Gründung der Bürgerinitiative FREIeHEIDe wesentlich beteiligt. Er prophezeite keinen raschen Sieg, sondern einen langen Marsch, und es war aus meiner Sicht der größte Erfolg in seinem Leben, als nach 17 Jahren die Freie Heide in einem Fest

– mitsamt einem tanzenden Ministerpräsidenten Matthias Platzeck – gefeiert werden konnte.

Und doch war es nur ein Teilerfolg, denn in der Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt wird nun im neu errichteten, urbanen Gelände von Schnöggersburg der Häuserkampf von der Bundeswehr geübt – gewissermaßen „Allzeit bereit“ nach dem Vorbild der Häuserkämpfe in Damaskus und an anderen Orten in Syrien.

Roland Vogt war wegen der Erforschung der Strategie und Methodik gewaltfreier Aufstände als Alternative zu Bürgerkriegen ans Otto-Suhr-Institut nach Berlin gekommen. In Syrien ist nach dem schleichenden Übergang von gewaltlosen Protesten zum bewaffneten Befreiungskampf so gründlich alles schief gegangen, was schief gehen konnte. Doch für die gewaltfreien Alternativen beim Widerstand gegen autoritäre Regime und Diktaturen interessiert sich heute in Deutschland kaum noch jemand.

Man redet jetzt gerne von Responsibility to Protect. Das ist die neue Version, sich auch wieder militärisch zu rüsten für Interventionen. Und nota bene: Wer militärisch schützen will, muss dies auf höchstem Niveau, auf dem neuesten Stand der Militärtechnik und mit daran angepassten Taktiken und Strategien tun.

Forget about Gandhi! Von Gandhi war zu lernen gewesen: Die gewaltfreien Akteure müssen aus eigener Kraft kämpfen und militärische Einmischung und alles andere als gewaltfreie, solidarische Unterstützung müssen sie sich verbitten. Je mehr bewaffnete „Hilfe“, je mehr bewaffnete militärische Protektion, desto mehr Gewalt!

Doch der gewaltfreien Aktivisten waren und sind noch zu wenige. Sie konnten nicht überall mitmischen, wo Gandhis gewaltfreie Strategie gefragt gewesen wären. Es gab wichtige Versuche. Ich nenne nur das Balkan Peace Team. Und es gibt auch wichtige Beispiele für das Nachwirken von Training in gewaltfreier Aktion. (...)

«

„Abgespaced“

Ein Sammelband betrachtet neue Kriegsformen aus Sicht der Technikphilosophie

Von Anselm Oelze

Das Europa des 21. Jahrhunderts scheint ein friedliches zu sein. Doch der Schein trügt. Denn in Wirklichkeit leben wir im Krieg. Damit ist nicht auf die Rolle Europas als mehr oder weniger beteiligter „Zuschauer“ bei diversen Konflikten weltweit oder auf die militärischen Auslandseinsätze europäischer Staaten angespielt, sondern auf neue Formen des Krieges: auf Terrorismus, Cyberwar und Drohnenkrieg. Diese Phänomene, um es ganz neutral auszudrücken, werden nicht notwendig als kriegerische Auseinandersetzungen empfunden. Dennoch stellt sich die Frage, inwiefern sie als kriegerisch eingestuft werden können. Eben dieser Frage widmet sich ein neuer Sammelband, hervorgegangen aus Workshops und Seminaren an der TU Dresden und der Universität Wien und herausgegeben von Michael Funk, Silvio Leuteritz und Bernhard Irrgang.

Neben den drei Herausgebern werfen zehn Autoren und eine Autorin unterschiedliche Blicke auf Terror, Drohnenkrieg und Cyberwar und teilen dabei doch eine Perspektive: die der sogenannten Technikphilosophie. Sie analysieren, inwiefern es sich bei den genannten Phänomenen um neue kriegerische Techniken handelt, beziehungsweise um Kriege, die mit neuen Technologien geführt werden. Und die AutorInnen fragen, welche begrifflichen, gesellschaftlichen und ethischen Herausforderungen damit einhergehen.

Terrorismus, Drohnenkrieg und Cyberwar scheinen auf den ersten Blick betrachtet qualitativ recht unterschiedliche Phänomene zu sein (das passt zum Charakter des Bandes insofern, als auch die darin versammelten Beiträge qualitative Unterschiede aufweisen; die Diversität der Autor-

schaft – gestandene Professoren sind genauso darunter wie NachwuchswissenschaftlerInnen und Gymnasiallehrer – ist Stärke und Schwäche zugleich). Bei allen Unterschieden weisen Terrorismus, Drohnenkrieg und Cyberwar aber auch gewisse Gemeinsamkeiten auf, wie die gewählte technikphilosophische Perspektive zu zeigen vermag. Bei terroristischen Anschläge sind wir, selbst wenn sie an weit entfernten Orten stattfinden, durch die neuen (sozialen) Medien oftmals in Echtzeit mit dabei, und nicht selten sind solche Anschläge ausdrücklich an uns als sogenannte „interessierte Dritte“ adressiert.

Angriffe mit computergesteuerten Drohnen wiederum werden, wie schon länger bekannt ist, nicht selten von europäischem Boden aus geführt – und auch dies geschieht mithilfe neuester Technik in Echtzeit. Computer sind schließlich auch beim dritten Phänomen, dem Cyberwar, das Entscheidende, denn hier sind sie in den meisten Fällen Ausgangs- wie auch Zielpunkt zugleich und in einer zunehmend vernetzten Welt können sie uns alle treffen. Es ist durchaus kein schrilles Scienc-Fiction-Szenario, dass in unseren App-gesteuerten „SmartHomes“ auf fremdes Beitreiben hin irgendwann einmal die Lichter ausgehen.

Herausfordernd und die philosophische Analyse allemal wert sind diese Phänomene auf ganz verschiedene Weise. Bei terroristischen Anschlägen stellt sich schon lange die Frage, ob sie als kriegerische Angriffe gewertet werden können und völkerrechtlich entsprechend beantwortet werden dürfen (ob sie so beantwortet werden sollten, ist noch einmal eine ganz andere Frage). Drohnen sind im Vergleich dazu vor allem ethisch her-

Michael Funk, Silvio Leuteritz und Bernhard Irrgang (Hrsg.): Cyberwar@Drohnenkrieg. Neue Kriegerstechnologien philosophisch betrachtet; Würzburg 2017; 346 Seiten, 48 Euro



ausfordernd, weil sie einerseits einen vermeintlich „sauberen“ Krieg versprechen: Unbemannte, ferngesteuerte Drohnen können das Leben der eigenen SoldatInnen nicht gefährden. Andererseits kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie dennoch Menschenleben kosten und zudem mit zunehmender Autonomisierung die Zuschreibung von Verantwortlichkeiten entgleitet: Wer sollte bei einem weitgehend autonom agierenden Kampfroboter völkerrechtlich zur Verantwortung gezogen werden? Die Maschine selbst? Ihre Erfinder? Diejenigen, die ihren Einsatz abgesegnet haben?

Als größte Herausforderung erscheint jedoch der Cyberwar. Zum einen deshalb, weil die Urheber von Hackerangriffen nur schwer bis gar nicht einwandfrei zu ermitteln sind (man denke nur an die vielen Angriffe dieser Art, die in den vergangenen Jahren russischen Hackern zugeschrieben, von Russland mangels Beweisen aber immer wieder erfolgreich dementiert wurden). Zum anderen verschwimmen die Grenzen zwischen Militär und Zivilbevölkerung teilweise bis zur Unkenntlichkeit, und im digitalen Zeitalter wird jene virtuelle Dimension, in der wir alle uns mal mehr mal weniger freiwillig bewegen, schneller als gedacht zum Kriegsschauplatz, wobei fraglich bleibt, ob hier überhaupt noch von einem „Krieg“ die Rede sein kann. »

» Auf die Frage, wie alldem sinnvoll zu begegnen ist, liefert der Band kaum Antworten. Dies mag ebenso wie die vielen sprachlichen Schnitzer in den meisten Beiträgen enttäuschend und ärgerlich sein. Doch wäre damit der Anspruch des Bandes ver-

kannt. Er will nämlich nicht sämtliche Fragen abschließend beantworten und Handlungsempfehlungen geben. Und dies ist durchaus nachvollziehbar. Schließlich kann es nicht die Aufgabe einiger weniger AutorInnen sein, in Zeiten neuer Kriege die

schwierige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit, Öffentlichkeit und Privatsphäre zu finden und gegen die Techniken des Krieges eine Friedesstechnik zu entwickeln. Dies ist vielmehr die Aufgabe von uns allen.



„Wir haben einen konstruktiven Ansatz und entwickeln Alternativen.“

Zum neuen Layout der *Zivil Courage* und zur Frage Kirche, Militär und Pazifismus

Ich habe mich erneut über das neue Layout der *Zivil Courage* gefreut. Die Lesbarkeit ist deutlich erhöht, wodurch die Zeitschrift einladender wirkt. Das ist wichtig, um unsere „message“ besser transportieren zu können. Außerdem habe ich mich als Christ über das Foto auf Seite 17 der jüngsten Ausgabe gefreut, das beim Ostermarsch in Flensburg aufgenommen wurde und ein Zitat von Jesus zeigt: „Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen.“ Es ist schön, dass offenbar Christen bei dem Ostermarsch dort dabei waren, und so freue ich mich auch, dass Margot Käßmann Mitglied in der DFG-VK geworden ist und beim Bundeskongress gesprochen hat. Sie ist eine bekannte Christin und Pazifistin, die ihre Ansichten klar und deutlich vertritt und das auch in breiter Öffentlichkeit („Nichts ist gut in Afghanistan“), was unserem Verband nur gut tun kann.

Als Christ steht mir die Botschaft von Jesus Christus näher als die evangelische Kirche, der ich angehöre. Jesus predigte Gottes-, Nächsten- und Feindesliebe. Insbesondere die Feindesliebe ist für mich ein Aufruf zum christlichen Pazifismus, denn wer auch seine Feinde liebt, tut ihnen keine Gewalt an, schon gar keine militärische. In der Verbindung von Kirche und Militär sehe ich eine unseli-

ge Verknüpfung. Obwohl die Kirchen mit ihrem christlichen Auftrag aufgerufen sind, Jesu Lehre der Gewaltlosigkeit und Feindesliebe zu folgen und sie zu verbreiten, unterstützen evangelische und katholische Kirche mit der Militärseelsorge die Bundeswehr, also eine Organisation, die dem Führen von Kriegen und damit dem Verstoß gegen das 5. Gebot („Du sollst nicht töten“) dienen soll und ja auch schon gedient hat und dient. Durch die Bereitstellung von Militärpfarrern, die von der Bundeswehr bezahlt werden, tragen die Kirchen auch die seit Jahren zunehmende Militarisation der deutschen Außenpolitik mit, statt sie um des Friedens willen deutlich zu kritisieren. Ich fühle mich da an das Sprichwort „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“ erinnert. „Gott will keinen Krieg“ betonen die Kirchen vollkommen richtig. Aber wer das sagt, muss auch deutlich Ja sagen zur Abschaffung von Militär und Rüstung. Alle Friedensappelle der Kirchen sind Makulatur, solange sie die Bundeswehr durch die Militärseelsorge unterstützen, statt Soldaten wie allen anderen Menschen Seelsorge durch ortsansässige Gemeindepfarrer und -pastoren anzubieten.

Joachim Fischer

Zum Leserbrief von Ralf Cüppers in der *Zivil Courage* Nr. 3/2018, Seite 33

Lieber Ralf, in Deinem langen Leserbrief zu DFG-VK und DKP hast Du –

warum auch immer – eine massive, aber unzutreffende Kritik am Bund für Soziale Verteidigung (BSV) hinterlassen.

Als das Vorstandsmitglied, das aus der DFG-VK kommt, muss ich darauf doch kurz eingehen:

1. Ja, wir bekommen tatsächlich gelegentlich Geld von staatlichen Stellen, für Ausstellungen, Veranstaltungen oder auch Friedensbildungs- und Bildungsprojekte – sogar solche, wo aktive DFG-VK-Mitglieder arbeiten (z.B. der im letzten Heft als Autor und Interviewte präsente David Scheuing) oder gearbeitet haben (z.B. das gerade neu gewählte, junge BSK-Mitglied Benno Malte Fuchs). Und ja, diese Gelder haben wir nicht für eine Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr erhalten. Welch ein Wunder!

Aber haben wir deswegen nicht mehr das Ziel, Militär und Rüstung abzuschaffen? Natürlich nicht. Wir haben einige der Alternativen dazu (mit) entwickelt: den Zivilen Friedensdienst, Zivilen Unbewaffneten Schutz in internationalen Konflikten (von Sri Lanka bis Südsudan) und Zivile Konfliktbearbeitung in Schulen und Kommunen. Und jetzt Lovestorm zum Schutz vor Mobbing und Hate Speech im Netz. Um nur einiges zu nennen.

Also, um es mal ausnahmsweise polemisch zu sagen, all das, was die BoA-Kampagne nur ansatzweise angesprochen hat. Damit will ich gar nichts gegen Eure Bundeswehr-abschaffen-Arbeit sagen. Wir haben



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Nur mal so ganz unter uns: Haben Sie schon gehört, dass einige unserer Kollegen beim Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr derart unterbeschäftigt sind, dass sie sich eine Nebenbeschäftigung suchen? Na, wir von der Truppe kennen das ja zur Genüge: Gammeldienst ohne Ende.

Aber wenn nichts dazwischenkommt, dann bekommen unsere Ausrüster und IT-Planer bald richtig viel zu tun. 1,5 Prozent (später vielleicht mal 2 %) des Bruttoinlandsprodukts zum Greifen nahe – und nur für uns! Das Geld will erst einmal verbraten werden – und das ist so ganz schnell überhaupt nicht einfach.

Wie zu vernehmen ist, hat das Kreativteam der Ministerin aber schon geniale Pläne: Wir machen auf Abrüstung und versenken die komplette Bundesmarine – ab ins Bermudadreieck und Flutventile auf! Dann wird Putins Schockstarre nach dem Aus Russlands bei der WM gnadenlos ausgenutzt, indem man ihm seine ganze Marine abkauft oder least (so macht man das doch heute). Ergebnis: Geld ist weg, der Trump mit uns zufrieden und unsere Ausrüstungsplaner können wieder Däumchen drehen oder einer Nebenbeschäftigung nachgehen.

gez. Alex von Ligua, Feldpostmeister

eben einen anderen – konstruktiven – Ansatz, wir begeben uns auf den Weg, Alternativen zu entwickeln, denn ohne dass es solche gibt, wird die Bevölkerung niemals Zweifel an ihrem Glauben erhalten, es ginge auch ohne Militär. Es gilt da sehr dicke Bretter zu bohren. Aber das weißt du ja selbst zu gut, da Du ja noch länger Friedensaktivist bist als ich, lieber Ralf.

2. In der Evangelischen Landeskirche in Baden hat sich 2015 eine Arbeitsgruppe gebildet, die ein Papier verfasst hat, wie eine zivile Sicherheitspolitik, also ohne Militär und Rüstung, bis ins Jahr 2040 aufgebaut werden könnte (siehe: https://www.kirche-des-friedens.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html). Ohne die verschiedensten Papiere des BSV (neben vielen weiteren Papieren) wäre das nun fertig gestellte 160-seitige Szenario kaum denkbar gewesen. Von meinem persönlichen Beitrag dazu will ich da jetzt gar nicht reden. Die pazifistischen Teile der Kirche (und weitere Friedensaktive) haben da etwas gemacht, was BoA und Nachfolger noch niemals gelungen ist, nämlich ein einigermaßen realistisches Szenario zu entwerfen, wie man denn von A (unserer von soft power durchgesetzten militaristischen Sicherheitspolitik) nach B (eine zivile Sicher-

heitspolitik) kommen könnte – und welche zivilgesellschaftlichen und politischen Kräfte da denn mittun könnten.

3. Wir haben auf unserer letzten Jahrestagung an den 30. Jahrestag des Kongresses zur „Sozialen Verteidigung“ erinnert, ein Kongress, an dem 1000 Personen teilgenommen haben und aus dem der BSV entstanden ist. Nicht alles, was damals (ohne mich) über Alternativen diskutiert wurde, ist noch up-to-date, vieles aber durchaus. Schaut im Sommer auf die BSV-Homepage (www.soziale-verteidigung.de), da wird es die Dokumentation zu unserer Jahrestagung geben.

4. Unser BSV-Transparent „Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen!“ lebt und ist guter Dinge, bei der nächsten Aktion mitgeführt zu werden, wie in den letzten Jahren – ob bei Ostermärschen in Stuttgart oder Mannheim, bei Blockaden in Büchel oder vor Heckler & Koch. Oder beim Ev. Kirchentag in Stuttgart während der Friedenskette.

Insofern danke ich Dir, lieber Ralf, dass Du mich inspiriert hast, mich hier zu äußern.

Stephan Brües,

Ko-Vorsitzender des BSV und seit 1986 aktives DFG-VK-Mitglied

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

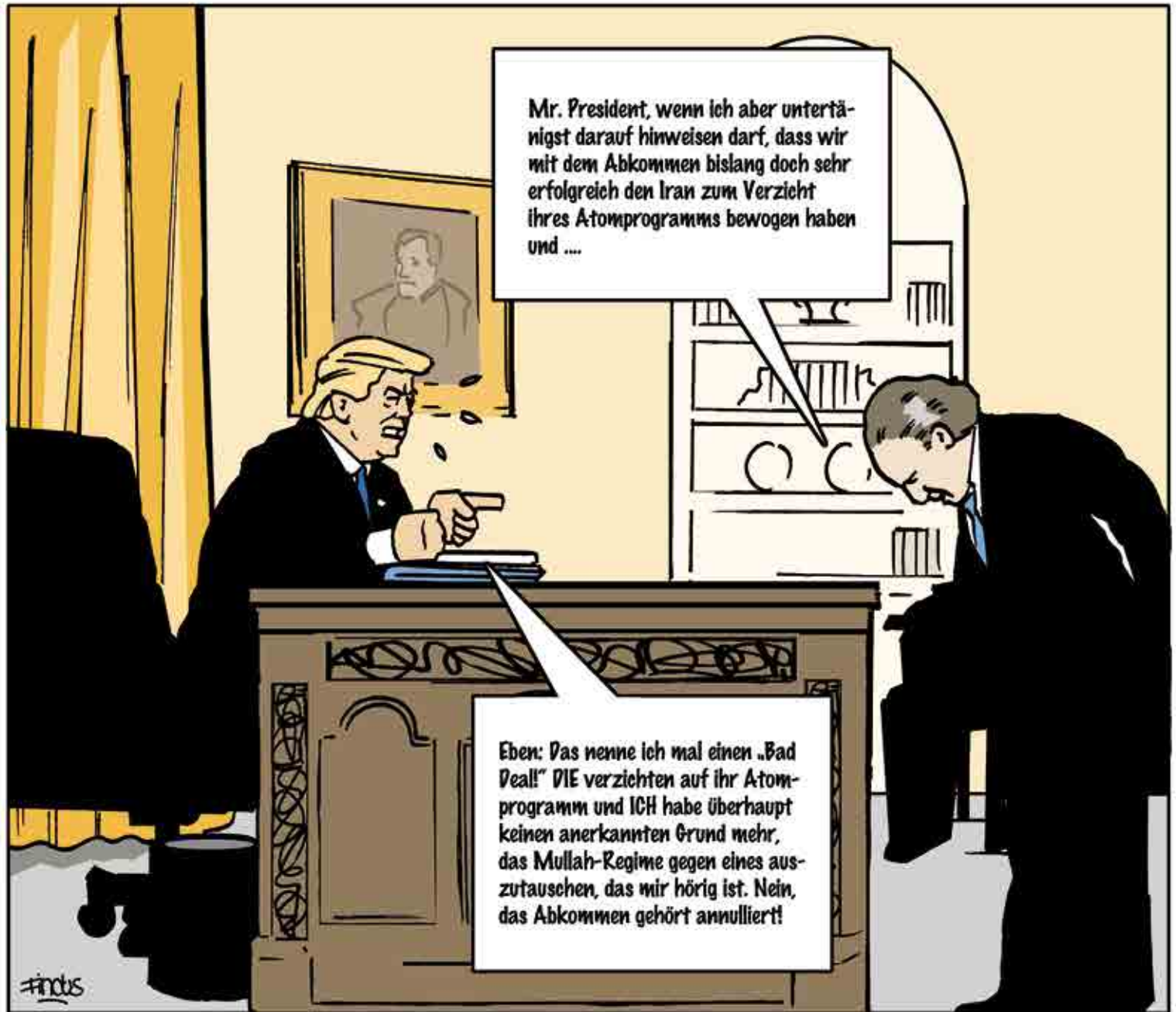
Datum

Unterschrift



Das DFG-VK-Spendenkonto
 IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
 BIC: BFSWDE33XXX

Die ZivilCourage-Karikatur



✂
Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.